

# ÖKOSTEUERNEWS 36 – SEPTEMBER 2005

SONDERAUSGABE ZUR BUNDESTAGSWAHL

NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE  
ZUR ÖKOSOZIALEN FINANZREFORM

FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V.

GREEN BUDGET GERMANY

Landsbergerstr. 191 80687 München <http://www.foes.de> und <http://www.eco-tax.info>

Fon 089-520113-13 Fax 089-520113-14 [foes@foes.de](mailto:foes@foes.de)

In Zusammenarbeit mit Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.

Wir sind auf Spenden unserer Leser dringend angewiesen

(Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto 804 371 3000, IBAN DE87430609678043713000).

ISSN 1611-4035

## Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL .....	1
2.	FÖS-TERMINE UND VERANSTALTUNGEN.....	8
3.	BUNDESTAGSWAHLEN.....	9
4.	AUTOVERKEHR.....	24
5.	FLUGVERKEHR .....	27
6.	ÖLPREISENTWICKLUNG.....	29
7.	KLIMAWANDEL UND UMWELTKATASTROPHEN.....	34
8.	DISKUSSIONSFORUM .....	40
9.	JOBS.....	40
10.	LINKS UND PUBLIKATIONEN.....	41
11.	TERMINE UND VERANSTALTUNGEN.....	42

## 1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe  
Freunde des FÖS,*

in wenigen Tagen finden die Neuwahlen zum

Bundestag statt. Die ÖSR spielt in der Endphase des Wahlkampfes eine bedeutende Rolle, auch aufgrund der durch den Hurrikan Katrina gestiegenen Rohölpreise. Im TV-Duell von Gerhard Schröder und Angela Merkel vom 4.9.2005 war die Ökosteuern sogar das erste Thema der Kandidaten. Da die CDU/CSU nun mit der Mehrwertsteuer auch die Sozialversicherungsbeträge senken will, fordert

sie, anders noch als 2002, nicht mehr die Abschaffung der jahrelang bekämpften Steuer. Kanzler Schröder setzt in der letzten Wahlkampfphase auf das Umweltthema und fordert verstärkte Anstrengungen zum Klimaschutz. Gleichzeitig gehen die Grünen erstmals ohne die Forderung nach weiteren Erhöhungsschritten in den Wahlkampf. Der Subventionsabbau erhält dagegen noch höhere Bedeutung. So ergeben sich neue Konstellationen, während die Bundestagswahl inzwischen unmittelbar vor der Tür steht. Die wichtigsten Aussagen zur Ökologischen Steuerreform haben wir Ihnen wie gewohnt zusammengestellt.

### **Highlights vor der Wahl**

So kurz vor der Wahl haben wir dabei keinen Mangel an interessanten Themen. Paul Kirchhof macht mit einer Streichliste von sich reden, der auch die deutsche Umwelt zum Opfer fallen soll, während bei der Union eine Diskussion um die PKW-Maut wieder hochkommt. Gerda Hasselfeldt, Mitglied im Kompetenzteam der Union, äußert sich zur Umweltpolitik unter einer möglichen Kanzlerin Merkel, während diese heftig wegen ihrer Energiepolitik angegriffen wird, Katrina wird zum Politikum, zu dem sich auch Trittin und Töpfer äußern, die Ökosteuern war nicht nur im TV-Duell, wie man unten nachlesen kann, Thema, sondern scheint auch sonst zu einem zentralen Streitpunkt der Wahl zu werden, und und und...

Umso wichtiger bleibt die kontinuierliche, überparteiliche Arbeit des FÖS. Mit einer Presseerklärung und einem Kurzkonzept zur Ökologischen Finanzreform haben wir die Debatte um die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge ergänzt.

Ohne die nationale Debatte um die ÖSR zu vernachlässigen, blicken wir auch darüber hinaus. So wird sich der FÖS in den nächsten Monaten mit der Ökologischen Steuerreform in den neuen EU-Mitgliedsstaaten beschäftigen. Dazu starten wir dank der Unterstützung des Umweltbundesamtes mit einer großen Konferenz am 12. Oktober in Berlin (Teilnahme kostenlos). Mit den Treibhausgasemissionen durch den Flugverkehr wird sich eine englischsprachige Konferenz in London beschäftigen (Teilnahme für FÖS-Mitglieder ermäßigt). Wir freuen uns auf

Ihre Teilnahme! Auch Japan, dessen Parlament sich im Herbst mit einer möglichen Ökologischen Steuerreform beschäftigen möchte, ist in unseren Blickpunkt gerückt. Unser Vorsitzender Dr. Anselm Görres wird im Oktober und November eine vom Umweltbundesamt geförderte, 14tägige Reise durch Japan unternehmen, in deren Verlauf er mit Vertretern von Politik, Wissenschaft, Unternehmern und Verbänden zusammentreffen wird.

Wir würden uns freuen Sie, auf einer unserer Veranstaltungen begrüßen zu können und verbleiben in der Hoffnung auf einen für die ÖSR positiven Wahlausgang.

*Christian Meyer und Andrea Sauer (FÖS-Redaktion)*

### ***David Pearce, Guru der Umweltökonomien, ist verstorben***

David Pearce ist am 8. September 2005 in einem Krankenhaus kurzfristig und unerwartet an fortgeschrittener Leukämie verstorben. Er zählte zu den großen Umweltökonomien, die sich insbesondere im Bereich der theoretischen Arbeiten unter anderem zu umweltschädlichen Subventionen einen großen Namen gemacht haben. Er hat oft den Vergleich von Theorie und Praxis gesucht und war somit ein wertvoller Berater der Politik, wenn es um die Ausgestaltung der marktwirtschaftlichen Umweltinstrumente ging. Ihm verdankt der FÖS auch den Kontakt zu dem britischen Consultant eftec, mit dem wir am 21. November - leider ohne David Pearce - in London, dank überwiegender Finanzierung der Deutsch-Britischen Stiftung, unsere Konferenz zu ökonomischen Instrumenten im Luftverkehr durchführen werden.

Der Link zu seiner Homepage beim University College London, Großbritannien: [http://www.econ.ucl.ac.uk/displayProfile.php?staff\\_key=36](http://www.econ.ucl.ac.uk/displayProfile.php?staff_key=36)

*Der Vorstand des Förderverein Ökologische Steuerreform/Green Budget Germany*

## ***Menetekel Katrina durchkreuzt Angelas Kalkül***

[Dr. Anselm Görres, FÖS-Vorsitzender, 13.9.2005] Ihrem Machtwillen hat Frau Merkel schon manches geopfert, ob Menschen oder Maximen. Dabei scheint vor allem die Umwelt für die kühl kalkulierende Machiavellistin immer nur Mittel zum Zweck. Selbst beim Eintritt ins Umweltministerium ging es ihr nicht um die Erfüllung ökologischer Ambitionen – solche ließ sie schon damals kaum erkennen. Das BMU bot ihr lediglich eine hilfreiche Karrierestufe. Dazu passte auch ihr folgenloses Flirten mit der Ökosteuer.

Im Vergleich zu Frau Merkel muss die konservative Republikanerin Christine Todd Whitman geradezu als Radikalökologin gelten. Erst 2001 hatte Bush die Environmental Protection Agency (EPA) zum Department und damit deren ChefIn Todd zum Kabinettsmitglied aufgewertet. Tapfer hatte sie, wahrscheinlich gegen ihre inneren Überzeugungen, Bushs Anti-Kioto-Linie mitgetragen. Doch im Mai 2003 trat die letztlich erfolglose Umweltpolitikerin zurück. Ein Gesetz, das Schutzbestimmungen für Wale, Delfine und andere gefährdete Arten zugunsten des Militärs verwässerte, trat am gleichen Tag in Kraft.

Von Frau Merkel sind aus ihrer Zeit als Umweltministerin keinerlei Konflikte oder gar Rücktrittsdrohungen in Erinnerung. Von engen Mitarbeitern aus der damaligen Zeit wissen wir, dass die Umwelt ihr nicht wirklich am Herzen lag.

Als Oppositionspolitikerin hat Frau Merkel schnell gelernt, dass populistischer Kampf gegen konsequente Umweltpolitik noch viel karrierefördernder wirkt als temporärer Einsatz für die Umwelt. Da ist sie nicht die einzige: Selbst der dümmste Provinzpolitiker kann an unseren Stammtischen noch Beifall ernten, wenn er nur plump genug auf die Ökosteuer eindrischt. An der zunehmenden Versöderung der Umweltdebatte hat die Kanzlerkandidatin keinen unerheblichen Anteil.

Doch da kam Katrina – *und schrieb, und schrieb an weisser Wand, Buchstaben von Wasser und schrieb und schwand* (frei nach Heine). Wie schon zu Belsazars Zeiten prophezeit das *Mene mene*

*tekel* einen Untergang – diesmal den des Ölzeitalters. *Belsazar ward aber in selbiger Nacht von seinen Knechten umgebracht*. Bush und Merkel sind zum Glück noch am Leben – aber beide haben in den Umfragen erheblich verloren. Von 1998 bis 2004 steigerten die USA ihre Rohölimporte um 23 Prozent, wir Deutschen senkten sie um 11 Prozent.<sup>1</sup> Das ist der Unterschied zwischen reaktionärer und progressiver Umweltpolitik!

Egal, wie die Wahlen am Sonntag ausgehen, nach Katrina ist die Welt nicht mehr die gleiche wie vorher. Die Zyniker haben recht, die Menschheit lernt immer erst durch Katastrophen. Aber immerhin lernt sie. Bloßer Kampf gegen ökologische Notwendigkeiten und konsequente umweltpolitische Instrumente taugt nicht mehr als billige Fahrkarte zur Macht. Intelligente Machiavellisten müssten das eigentlich besonders schnell erkennen. Machtwille ist für Spitzenpolitiker legitim und unentbehrlich. Nur bitte nicht mehr auf Umweltkosten!

### **PS: Die wichtigste Woche des Jahres**

Ein Geschäftsfreund rief mich am Dienstag an: *Freust du dich nicht auf die wichtigste Woche des Jahres? – Na klar, damit wir endlich wissen wer Deutschland künftig regiert*. – Aber er meinte gar nicht die Bundestagswahl, er meinte die IAA! Als Junge ging ich regelmäßig zur Automesse, wir sammelten mit Begeisterung Anstecknadeln aller Firmen. Auch heute faszinieren Autos nicht wenige Frauen und fast alle Männer (durchaus auch mich). Aber als hochsubventioniertes und umweltschädliches Verkehrsmittel hat das Auto irgendwann seine Unschuld verloren. Wenn auf der IAA nicht nur mit Blech geprotzt, sondern auch ernsthaft gezeigt würde, wie wir zu Autos kommen, die die Gesellschaft nicht belasten und der Umwelt nicht schaden! Und wenn diese Frage nicht nur als Alibi am Rand formuliert würde, sondern im Zentrum der IAA stünde – dann wäre es wirklich die wichtigste Woche des Jahres, wichtiger noch als die Wahl.

<sup>1</sup>

USA: Von 9,7 Millionen Barrel pro Tag 1998 auf 11,9 Mio. Barrel pro Tag 2004. Deutschland: Von 2,8 Millionen Barrel pro Tag 1998 auf 2,5 Mio. Barrel pro Tag 2004, Quelle: OECD 2005.

### **FÖS-Alternativen zur Merkelsteuer finden positive Beachtung**

Schon im letzten ÖSN stellten wir als Leitartikel einen Vorschlag vor, wie man aus der Merkelsteuer ein Steuerpaket mit echtem Mehrwert machen könnte (<http://www.foes.de/downloads/merkelsteuer.pdf>).

Der Vorschlag wurde seither noch verfeinert und stieß auf positive Resonanz. Insgesamt liegen jetzt vor:

- eine an rund 600 Journalisten versandte ausführliche Presseerklärung, die wir hier nochmals dokumentieren (siehe unten)
- dazu detaillierte Vorschläge des FÖS mit klaren Mengengerüsten (<http://www.foes.de/downloads/Kurzkonzept.pdf>)
- eine Kurzfassung des letzten Leitartikels unter dem Titel „Öko- statt Merkel-Steuer. Deutschland braucht keine flächendeckende Bestrafung des Konsum“ ([http://www.foes.de/downloads/0508\\_SZVersionMerkelsteuer.pdf](http://www.foes.de/downloads/0508_SZVersionMerkelsteuer.pdf))
- Eine Artikel von Joachim Wille in der FR vom 8.9.2005, den wir ebenfalls dokumentieren.

### **Experten schlagen Abgaben auf Flugtickets vor**

[Frankfurter Rundschau, Joachim Wille, 8.9.2005] Nicht die von der Union vorgeschlagene Erhöhung der Mehrwertsteuer ist die beste Antwort auf die Forderung, die Lohnnebenkosten zu senken. Dazu seien Ökosteuern weitaus besser geeignet. So argumentiert eine Gruppe von Steuer- und Finanzexperten.



Der "Förderverein Ökologische Steuerreform" lobt CDU und CSU in einer Erklärung dafür, dass sie das Sozialsystem nach einem Sieg bei der Bundestagswahl stärker über Steuern

finanzieren wollen. "Der Grundsatz ist richtig: indirekte Steuern hoch - Lohnnebenkosten runter", heißt es darin. Dies sei allerdings auch das Ziel der von Rot-Grün eingeführten Ökosteuer-Reform gewesen.

Kein anderes Industrieland finanziere sein Sozialsystem so einseitig wie Deutschland, das Abgaben auf das Einkommen abhängig Beschäftigter erhebt. Diese Schieflage müsse ausgeglichen werden, meint der Verein. In dessen Beirat sitzen renommierte Fachleute wie der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, der SPD-Umweltexperte Ernst-Ulrich von Weizsäcker und der Klimaforscher Hartmut Graßl. Die von der Union vorgeschlagene Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei Prozent erbrächte 16 Milliarden Euro. Der Großteil davon soll in die Arbeitslosen-versicherung fließen, um den Beitragssatz von 6,5 auf 4,5 Prozent zu senken. Der Förderverein hält es allerdings für falsch, die Mehrwertsteuer zu erhöhen, weil dies den Konsum generell schwäche. "Ökosteuern hingegen haben die Wirkung, dass nur die Preise von Gütern steigen, deren Verbrauch wir sowieso langfristig senken wollen", argumentieren die Experten des Vereins. Auch regten sie Verbraucher an sich Gedanken zu machen, wie sie der Steuer ausweichen können. Investitionen in spritsparende Autos oder energieeffizientere Industrieanlagen rechneten sich dann, so die Fachleute.

Angesichts der hohen Spritpreise schlägt auch der Förderverein derzeit keine weiteren Ökosteuer-Schritte beim Kraftstoff vor. Allerdings sollten bisherige "Ökosteuer-Lücken" geschlossen werden. Die Experten empfehlen die Einführung der Mehrwertsteuer bei Auslandsflügen, eine Ticket-Abgabe wie in Großbritannien und Dänemark, die Senkung der Entfernungspauschale auf zehn Cent pro Kilometer, die Abschaffung der Eigenheimzulage sowie eine stufenweise Angleichung der Steuer auf Diesel an die Benzinsteuer, die derzeit 18,4 Cent pro Liter höher ist. Die Heizölsteuer solle in vier Schritten à 0,5 Cent pro Liter mäßig angehoben werden. Insgesamt könnte nach den Berechnungen des Vereins 11,6 Milliarden Euro jährlich erhoben werden - genug, um die Sozialversicherungsbeiträge um mehr als einen

Prozentpunkt zu senken. Längerfristig müsse es weitere, anfangs kleine, dafür aber stetige Erhöhungsschritte bei der Ökosteuer geben, meinen die Finanzexperten. Deutschland solle wegen der ökonomischen Vorteile von Ökosteuern weiter "in begrenztem Maß" eine Vorreiter-Rolle übernehmen. Langfristig müsse allerdings eine EU-weite Regelung kommen. Rot-Grün hat die Ökosteuer 1999 bei Benzin und Diesel, Heizöl und Strom eingeführt und in vier Stufen erhöht, um die Lohnnebenkosten zu senken. Sie erbringt jetzt ein Finanzvolumen von 18 Milliarden Euro jährlich, die fast zu fast 90 Prozent in die Rentenkassen fließen. Die Rentenbeiträge wurden dadurch zuerst gesenkt, dann auf dem Niveau von 19,5 Prozent gehalten. Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin verbessert diese Umfinanzierung die deutsche Jobbilanz bis 2010 um bis zu 250 000 Jobs.

### ***FÖS: Ökosteuer besser als Mehrwertsteuer***

*[FÖS-Pressemitteilung vom 25.8.2005]* Nun haben auch CDU/CSU endlich erkannt: Kein Industrieland der Welt finanziert sein Sozialsystem so einseitig über progressionslose und nach oben durch Beitragsbemessungsgrenzen begrenzte Abgaben auf das Einkommen abhängig Beschäftigter wie wir. Andere Einkunftsquellen, wie Kapitalvermögen, selbständige Arbeit oder Vermietung und Verpachtung werden gar nicht herangezogen. Damit haben wir es geschafft, dass 1960 49 Prozent des Steueraufkommens durch den Faktor Arbeit erbracht wurde und heute 66 Prozent – eine „reife“ Leistung.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat ausgerechnet, dass aus dem Budget der Sozialversicherungen auch heute noch zu bis zu 84 Mrd. Euro allgemeine staatliche Leistungen finanziert werden. Diese so genannten versicherungsfremden Leistungen gilt es zukünftig statt durch Sozialversicherungsbeiträge durch Steuern zu finanzieren.

Deshalb: Umfinanzierung gehört zu den dringlichsten Strukturreformen, die angegangen werden müssen. Dagegen spricht auch nicht der Einwand der FDP, dass damit Strukturreformen in

den Sozialversicherungen unterbleiben. Den Luxus des Entweder-Oder können wir uns nicht mehr leisten. Wir müssen beides mit Verve angehen. Auch das Argument der Nachfragedämpfung zählt nicht, da das Aufkommen an anderer ***Stelle wieder zurückgegeben wird und zudem mehr Arbeitsplätze auch wieder mehr Nachfrage schaffen.*** Frau Merkel will allerdings 3 Mrd. Euro der zusätzlichen 16 Mrd. Euro den Ländern zur Haushaltssanierung zuschustern – eine rot/grüne Regierung hätte damit zu recht einen Sturm der Entrüstung ausgelöst.

Der Grundsatz ist richtig: Indirekte Steuern hoch – Lohnnebenkosten runter. Der Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS) stellt heraus: Genau das war und ist auch eine Wirkung der Ökologischen Steuerreform – und wie wurde sie gerade von denen verteuert, die jetzt den gleichen Wirkungsmechanismus mit der Umsatzsteuer anwenden wollen. Aber darüber hinaus haben Ökosteuern die Wirkung, dass nur die Preise von Gütern steigen, deren Verbrauch wir sowieso langfristig senken wollen. Damit regt sie Millionen von Bürgern und Unternehmen dazu an, sich Gedanken darüber zu machen, wie sie der Steuer ausweichen können. Wenn Preise die ökologische Wahrheit sagen, rechnen sich plötzlich Investitionen in Energieeffizienz für den einzelnen Bürger und das einzelne Unternehmen – Innovationen sind programmiert. Außerdem wird dort die Energieeffizienz am stärksten erhöht, wo es volkswirtschaftlich am billigsten ist – zu teurem Umweltschutz können wir uns im Zeitalter der Globalisierung nicht mehr leisten. Kostenminimierender Umweltschutz durch Ökosteuern stärkt daher unseren Standort.

Auch das Argument, dass das Aufkommen durch den Erfolg von Ökosteuern sinkt und damit Abgabentlastungen an anderer Stelle gar nicht möglich sind, springt zu kurz. Wir sind meilenweit von einem ökologisch akzeptablen Energieverbrauch entfernt. So müssen Ökosteuern noch über Jahre hinweg regelmäßig angehoben werden. Damit ist ein stabiles Aufkommen weit in die Zukunft gesichert.

Leider haben Schröder & Co. im

Schlachtgetümmel ihre früheren Einsichten „vergessen“ – wie es auch schon Schäuble und Merkel nach 1998 erging – und wettern jetzt mit den gleichen Argumenten gegen die Mehrwertsteuererhöhung, wie dies früher schwarz/gelb gegen die Ökosteuer tat. Bei so viel Inkonsistenz und Populismus kann nur ein verwirrter und frustrierter Bürger zurückbleiben.

Der FÖS schlägt vor die nötige Umfinanzierung auch durch eine Optimierung der bestehenden Ökosteuer zu finanzieren. Hierfür hat der FÖS mit seinem Memorandum ein Konzept vorgelegt (<http://www.foes.de/downloads/Memo2004.pdf>).

Besonders anbieten würde sich, bisherige Ökosteuerlücken zu schließen:

- Nach wie vor wird Diesel ohne jede rationale Rechtfertigung bei der Mineralölsteuer um 18,4 Cent pro Liter bevorzugt. Allein der langfristige Abbau dieser Dieselsubvention brächte am Ende rund fünf Milliarden mehr in die Staatskasse. Man könnte und müsste diese Maßnahme mit einer aufkommensneutralen Reform der Kfz-Steuer kombinieren. Eine stärkere Spreizung der Kraftfahrzeugsteuer nach Luftschadstoff- und CO<sub>2</sub>-Emissionen ist ebenfalls seit Jahren überfällig.
- Blair und Chirac, ja fast die gesamte EU denken zurzeit intensiv über eine höhere Belastung des Flugverkehrs nach. Heute gibt es nicht nur keine Kerosinsteuer – Auslandsflüge unterliegen nicht einmal der Mehrwertsteuer. In Deutschland gibt es auch keine Ticketabgabe wie z.B. in Großbritannien und Dänemark. Das Abschaffen dieser anachronistischen Förderungen des umweltschädlichen Flugverkehrs brächte langfristig drei bis vier Milliarden.
- Überfällig ist auch der Abbau der großzügigen Ausnahmeregelungen in der Ökosteuer, die Senkung der Entfernungspauschale auf 10 ct/km, die Abschaffung der Eigenheimzulage, die aufgrund der EU ohnehin notwendige Einführung einer Kohlesteuer zum Verheizen sowie die Einführung einer

Teilbesteuerung von Biodiesel sowie eine leichte Anhebung der Heizölsteuer.

Insgesamt können mit diesem Konzept zur Optimierung der Ökologischen Finanzreform auch kurzfristig – innerhalb der nächsten Legislaturperiode – 11,6 Milliarden Euro erhoben werden (siehe <http://www.foes.de/downloads/Kurzkonzept.pdf>).

Langfristig muss es weitere – anfangs kleine dafür aber stetige – Erhöhungsschritte bei Ökosteuern geben. Auf Grund der ökonomischen Vorteile von Ökosteuern kann Deutschland hier auch im begrenzten Maße eine Vorreiterrolle übernehmen, die aber langfristig in ein koordiniertes Handeln innerhalb der EU einfließen muss.

Unabhängig von einer Mehrwertsteuererhöhung könnten über eine Ökologische Finanzreform die Sozialversicherungsbeiträge kurzfristig um ein bis zwei Prozentpunkte gesenkt werden.

Das kurzfristige FÖS-Konzept ist zu finden unter <http://www.foes.de/downloads/Kurzkonzept.pdf>

### ***BMF-Analyse belegt: ÖSR ist aufkommensneutral***

[Kai Schlegelmilch/Anselm Görres] In einer Pressemitteilung vom 7.9.2005 widerlegt das Bundesfinanzministerium (BMF) mit detaillierten Argumenten die Behauptung der Opposition, dass Geld aus der Ökosteuer in den allgemeinen Haushalt fließe. Rund 90 Prozent der Ökosteuererträge fließen bekanntlich in die Rentenfinanzierung. Diese Verwendung wird neuerdings auch von Union und FDP nicht mehr in Frage gestellt. Lediglich rund 3,0 Milliarden werden für andere Zwecke verwendet, die mit der Ökosteuer in engstem Zusammenhang stehen. Sie finanzieren Energieprogramme und steuerliche Fördermaßnahmen für Biotreibstoffe, denen die Opposition zum Teil sogar selbst zugestimmt hat. Anders als vielfach in der Öffentlichkeit dargestellt, gibt es somit keinerlei Ökosteuererträge, die ohne ökologische Verwendung im allgemeinen Haushalt „versickern“. Wer die Ökosteuer um den nicht der Rentensicherung dienenden Anteil senken möchte, wie Stoiber und Merkel es als Möglichkeit genannt haben, würde daher die gerade heute so eminent wichtige Förderung

alternativer Energien und Treibstoffe gefährden. Auch für den FÖS ist diese Darlegung des BMF neu. Wir hatten in unseren bisherigen Analysen der Ökosteuerverwendung zwar die Förderung der erneuerbaren Energien mit rund 200 Millionen Euro berücksichtigt, nicht aber die noch deutlich höheren Steuerausfälle von rund einer Milliarde, die durch die Förderung von Biodiesel und anderen Biokraftstoffen entstehen und ebenfalls aus Ökosteuernerträgen finanziert werden. Weitere knapp 1,5 Milliarden Euro werden zudem zur Förderung effizienter Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen verwendet, die komplett nicht nur von der Öko- sondern auch von der bisherigen Mineralölsteuer befreit wurde. Mit Freude können wir somit feststellen, dass eine wichtige Forderung unseres Memorandums („90 Prozent zur Entlastung des Faktors Arbeit, 10 Prozent zur Förderung ökologischer Zwecke“) bereits seit einigen Jahren erfüllt, ja sogar übererfüllt ist. Wir bedauern ausdrücklich unsere bisherige, unvollständige Darstellung.

### **Mit Ökosteuern ins Solarzeitalter**

[*Christian Meyer, FÖS-Geschäftsführer, erschienen in: Die SolarRegion*] Frau Merkel weiß offenbar, dass gute Mädchen bestenfalls in den Himmel kommen. Sie will ja vorrangig ins Bundeskanzleramt, und da haben böse Mädchen bessere Karten. Ob Merkels Eintritt ins Kanzleramt für Deutschland gut oder schlecht ist, muss jeder Wähler für sich entscheiden. Dass aber Deutschlands Übertritt ins Solarzeitalter ganz unvermeidlich ist, darüber sollte eigentlich Einigkeit bestehen – auch in der Union. Das Öl geht zu Ende – Uran übrigens auch – und dann bleibt uns nur die Rückkehr zu jener Energiequelle, mit der und von der dieser Planet schon immer bestens gelebt hat.

In der Arbeitsteilung zwischen Solarfreunden und Ökosteuerebefürwortern haben sich erstere, wie Maria in der Bibel, „den besseren Teil erwählt“. Können sie doch die Menschen mit Fotos eindrucksvoller Solarbauten begeistern oder gar mit Solarmobilen herumkurven. Uns vom FÖS bleibt immer nur der vergleichsweise unangenehme Hinweis darauf, dass der Weg ins Solarzeitalter mit Ökosteuern finanziert wird. Doch auch in den Himmel führt bekanntlich nicht

die breite und bequeme Straße, sondern ein eher schmaler Pfad. Ob Frau Merkel das noch weiß?

Doch auch wir Ökosteuerefreunde müssen endlich aufhören, immer nur vom engen Pfad zu reden, und den Hinweis auf das dahinter wartende Himmelreich zu vergessen. Wir sollten nicht weiter so tun, als ob die Menschheit sich auf ewig ansteigende Energiepreise gewöhnen müsste. Nein – es geht nur darum, schrittweise jenes Preisniveau zu erreichen, bei dem der Markt ganz von selbst, auch ohne fragwürdige Subventionen, den Weg ins Solaralter finden kann. Weil Sonnenenergie dann billiger ist als alle Auslaufenergien.

Manche aktuellen Wendungen im Neuwahljahr sind schon interessant. Da erklären CDU und FDP plötzlich unisono, sie würden an der von SPD und Grünen 1999 eingeführten fünfstufigen Ökologischen Steuerreform (ÖSR) festhalten, als sei es das Selbstverständlichste von der Welt. Und die Grünen – jahrelang Vorreiter einer ambitionierten Ökologisch-Sozialen Steuerreform – erklären in ihrem Wahlprogramm eine „weitere Erhöhung der Mineralölsteuer sei angesichts steigender Rohölpreise derzeit nicht sinnvoll.“ Bahnt sich da ein neuer Konsens zur Aufnahme von Umweltaspekten in das Steuersystem an?

Nicht ganz, denn was die Union für den Fall der Regierungsübernahme vorschlägt, sind „Merkelsteuern statt Ökosteuern“. Mit einer Mehrwertsteuererhöhung um zwei Prozentpunkte sollen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gesenkt werden.

Dieser Vorschlag ist der rot-grünen Ökosteuereform weit ähnlicher, als man nach Merkels jahrelangem Kampf gegen diese ÖSR vermuten würde. Beide Ansätze eint das Bestreben, den Faktor Arbeit durch höhere indirekte Steuern zu entlasten. Leider verfolgt Frau Merkel den richtigen Zweck auf falschem Weg. Statt blinder Verteuerung jeglichen Konsums wäre es intelligenter, auf die gezielte Besteuerung von Verbräuchen zu setzen, die der Umwelt schaden.

Am 1. April 1999 startete die erste Stufe der Ökologischen Steuerreform. Insgesamt wurde das Rentenversicherungssystem mit den Einnahmen um ca. 18 Mrd. Euro entlastet. Ohne Ökosteuere wäre die Belastung des Faktors Arbeit heute 2

Prozentpunkte höher.

Doch anders als bei der pauschalen Mehrwertsteuer, die auch arbeitsintensive Dienstleistungen etwa im Handwerk oder Pflegeberufen besteuert, wurden bei der ÖSR gezielt umweltschädliche Energieträger besteuert.

### **Verursacherprinzip wirkt!**

Die ÖSR folgt dem Prinzip der Internalisierung externer Kosten – etwa Klimaschäden, Luftverschmutzung, Krankheiten, Flächenverbrauch – in die Preise. Für die Folgekosten der Verbrennung von Öl, Kohle und Gas kommt dann nicht mehr die Allgemeinheit auf, sondern die Verursacher der Emissionen. So werden fossile Energien schrittweise verteuert und erneuerbare Energien relativ günstiger.

Mit der Ökologischen Steuerreform ergibt sich so die Doppelte Dividende. Die Entlastung des Faktors Arbeit schafft neue Jobs – Studien belegen bis zu 250.000 Arbeitsplätzen durch die ÖSR – und Umweltbelastungen werden verringert. Auch ökologisch war die Bilanz deutlich positiv:

Die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Straßenverkehr gehen seit Gründung der Bundesrepublik erstmals jährlich um 2-3 Prozent zurück und die Nachfrage nach spritsparenden Fahrzeugen und Geräten steigt deutlich.

Gleichzeitig stieg die Nutzung des Öffentlichen Verkehrs 2003 erstmals über die 10 Milliarden-Benutzer-Schwelle – entgegen früherer Trends.

Auch im Energiebereich gab es durch die Verteuerung fossiler Energien erfreuliche Entwicklungen. Den Unterschied zwischen richtigen und falschen Signalen zeigt der Vergleich der deutschen und amerikanischen Ölimporte. Von 1998 bis 2004 haben die USA ihre Rohölimporte um 23 Prozent gesteigert (von 9,7 auf 11,9 Millionen Barrel am Tag). Wir Deutschen konnten sie im gleichen Zeitraum um 11 Prozent senken (von 2,8 auf 2,5 Millionen Barrel)!

Da die Stromsteuer aus systematischen Gründen jeden Strom unabhängig von seiner Erzeugung besteuert, werden die jeweiligen Einnahmen aus Erneuerbaren Energien über das Marktanreizprogramm zurückgegeben. Durch die

Ökologische Steuerreform flossen so fast eine halbe Milliarde Euro in die Förderung von Energie aus Sonne, Wind und Biomasse.

Ebenso wurde das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm 2003 mit 160 Millionen Euro durch Verringerung der Ermäßigungen der Industrie unterstützt. Damit konnten viele weitere Arbeitsplätze bei Erneuerbaren Energien, Bauwirtschaft und Handwerk aktiv unterstützt werden.

Die Ökologische Steuerreform schafft also Arbeitsplätze, dient dem Klimaschutz, der Innovation umweltfreundlicher Produkte und entlastet die Sozialversicherungssysteme. Und sie unterstützt mit ökologisch fairen Preisen den Aufbruch ins Solarzeitalter und den Abschied vom endlichen Öl.

Schade, dass angesichts dieser Bilanz bislang nur die Beibehaltung, aber nicht die kontinuierliche Fortsetzung der Ökologischen Steuerreform – inklusive der Abschaffung umweltschädlicher Subventionen – parteiübergreifender Konsens ist. Dabei wissen doch eigentlich alle, dass das solare Himmelreich auf uns wartet.

## **2. FÖS-TERMINE UND VERANSTALTUNGEN**

### ***Konferenz: Ökosteuern in Osteuropa am 12.10. in Berlin***

Deutschland hat in den vergangenen Jahren bereits Erfahrungen mit einer Ökologischen Steuer- und Finanzreform und deren Wirkung gesammelt, während in den EU-Beitrittsländern die Bemühungen um solche Reformen erst beginnen; durch ihren EU-Beitritt sind sie aber nun verpflichtet, Energiesteuern einzuführen. Ein Austausch dieser Erfahrungen soll den Verfechtern einer Ökologischen Finanzreform in den Beitrittsländern helfen, Vorschläge für eine Umsetzung im eigenen Land zu entwickeln und – aus den Erfahrungen in Deutschland und anderer EU-Staaten heraus – Fehler zu vermeiden. Andererseits wird sich die Einführung von Ökologischen Steuerreformen in den EU-



Beitrittsländern positiv auf die Diskussion in Deutschland auswirken, weil so dem Argument der Wettbewerbsbenachteiligung im europäischen Rahmen entgegengewirkt wird.

Mit dabei sind: Ein Vertreter der EU-Kommission, Kai Schlegelmilch aus dem Bundesumweltministerium, ein Referent aus jedem neuen Mitgliedsstaat von einem beteiligten Ministerium oder einer Umweltorganisation sowie Anselm Görres.

Konferenzsprache: Englisch

Datum: 12.10.2005, 9:00 – 17:00 Uhr

Veranstaltungsort: Umweltforum, Neue Mälzerei, Friedenstraße 91, 10249 Berlin

<http://foes.de/downloads/OsteuropaKonferenzProgramm.pdf>

Anmeldung: <mailto:foes@foes.de>

### ***Konferenz: Reduzieren von Treibhausgasausstoß durch Luftverkehr am 21.11. in London***

Als die am schnellsten wachsende Quelle von Treibhausgasemissionen im Verkehrsbereich ist der Treibhausgasausstoß im Luftverkehr und somit auch die Frage, wie man ihn verringern kann, von hoher Bedeutung. Diese eintägige Konferenz möchte alternative Politiken für die Reduktion von Emissionen im Luftverkehr betrachten und nimmt dabei den Kontext von boomenden Billigfliegern, einer beispielelosen Zunahme im Luftverkehr, Flughafenaus- und Neubauten sowie vermehrten „Staus“ in der Luft mit in den Blick. Die Konferenz will sowohl Politiker, als auch Vertreter von Industrie, Nichtregierungsorganisationen und Forschung zusammenbringen, um technische Aspekte, aber auch Fallstudien, bei denen verschiedene ökonomische Mittel angewandt wurden, zu diskutieren. Sie ist eine Gelegenheit um zum Ziel der britischen EU-Präsidentschaft, einer Inklusion des Luftverkehrssektors in den EU Emissionshandel, beizutragen.

Organisers: Eftec (Economics for the Environment Consultancy Ltd) and Green Budget Germany (FÖS)

Konferenzsprache: Englisch

Location: London, United Kingdom Venue: The

Anglo-German Foundation

Date: Montag, 21. November 2005, 10:00 – 17:30 Uhr

Program: <http://www.eco-tax.info/downloads/AviationDraftAgenda.pdf>

## **3. BUNDESTAGSWAHLEN**

### ***Ökosteuer war Top-Thema im TV-Duell***

*[Regierungsonline, 4.9.2005] Erstes inhaltliches Thema beim TV-Duell von Kanzler Schröder und Unions-Kanzlerkandidatin Merkel war die Ölpreisentwicklung und die Ökosteuer. Hier der Auszug im Wortlaut:*

**Wissen Sie eigentlich, was heute in Berlin der Liter Super kostet?**

**Schröder:** Zwischen 1,40 und 1,45 schätze ich. Ich glaube, das ist eine ziemlich korrekte Schätzung.

**Kommt ziemlich gut hin. Wie viel Prozent davon sind Steuern?**

**Schröder:** Wie viel Prozent davon, das ist unterschiedlich. Ökosteuer sind 15 Komma etwas Prozent *[richtig: Cent]* davon und insgesamt (betragen die) Steuern etwas über 60 Cent *[richtig: Prozent]* bezogen auf den Preis. Wobei interessant ist, dass die Ökosteuer *[von 1999 – 2003 nur um 15,5 ct/Liter anstieg]* - die letzte Erhöhung war 2003, damals war der Preis für einen Liter Super-Benzin etwa bei 1,10, er ist jetzt bei 1,40, 1,45, die Differenzen streichen die Mineralölkonzerne ein und ich halte das für unverantwortlich, das muss ich klar sagen. Ich erwarte auch von großen Konzernen, dass sie ein Stück weit ethische Verantwortung wahrnehmen und nicht nur ans Geldverdienen denken.

**Aber 68 Prozent Mineralölsteuer *[richtig: Cent]* oder beziehungsweise inklusive Ökosteuer - das ist doch eigentlich zu viel.**

**Schröder:** Das glaube ich nicht, dass das zu viel ist. Deswegen wird es ja auch von niemandem ernsthaft in Frage gestellt. Ich sage es noch einmal: 15,4 Prozent *[richtig: Cent]* davon sind Ökosteuer und die gehen bis auf zehn Prozent in die Beiträge für die Rente, um die stabil zu halten.

Als wir sie übernahmen, waren sie bei 20,3 Prozent, jetzt sind sie stabil bei 19,5 Prozent. Und wir hätten mit Zitronen gehandelt, wenn wir zuließen, dass auf der einen Seite die Lohnnebenkosten steigen, auf der anderen Seite die Ökosteur deswegen reduziert wird. Also, das kann man nicht verantworten und deswegen, glaube ich, dass wir richtig liegen. Was man aber jetzt nicht tun darf, das ist nun wirklich die Mehrwertsteuer zu erhöhen, denn das treibt den Preis weiter nach oben—

**Aber man könnte die Mineralölsteuer senken, zum Beispiel.**

**Schröder:** Was ganz falsch wäre, wäre natürlich jetzt die Pendlerpauschale abzuschaffen oder sie zu kürzen, denn das - muss ich nun wirklich sagen - belastet die Menschen, die darauf angewiesen sind, mit dem Auto zur Arbeit zu fahren. Deswegen sollten solche Pläne ganz, ganz schnell aufgegeben werden.

**Dazu werden wir auf jeden Fall noch kommen. Und wir bleiben mehr oder weniger beim Thema. Ihr gewünschter Koalitionspartner, Westerwelle, geht nun auch gleich wieder aufs Schlimme und sagt: Wir können eigentlich nicht an der Mehrwertsteuer-Erhöhung festhalten, wenn es diese Benzinpreise gibt. Was sagen Sie, werden Sie daran festhalten?**

**Merkel:** Wir müssen zwischen zwei Dingen unterscheiden; das eine ist die Arbeitslosigkeit im Lande. Wir haben fast fünf Millionen Arbeitslose und wir müssen alles unternehmen, um zu sagen: Vorfahrt für Arbeit. Und das heißt, die Lohnzusatzkosten unter anderem in einem ganzen Bündel von Maßnahmen runterzubringen. Das andere ist die Frage der Mineralölsteuer und der Ökosteur; und hier ist es einfach so, Herr Bundeskanzler: Sie haben '98 den Wählerinnen und Wählern versprochen, sechs Pfennig - darüber ist mit mir zu reden, aber das ist dann das Ende der Fahnenstange [*gemeint ist wahrscheinlich die jährliche Erhöhung um 6 Pfennig*]. Wenn wir da heute wären, wären wir ungefähr bei drei Cent, dann wäre alles ganz prima. Und in der Regierungserklärung haben Sie dann '98 gesagt, dass dieses Geld, was über die Ökosteur eingenommen wird, voll der Rente zufließt. Auch das ist nicht der Fall. Und wir haben inzwischen mit die höchsten Benzinpreise in ganz Europa -

das ist bedauerlich und die Menschen könnten besser dastehen. Und deshalb finde ich, neben der Bemerkung, bei der ich dem Bundeskanzler ausdrücklich zustimmen - dass die Verantwortung der Konzerne in dieser Situation, wie sie jetzt ist, auch (besteht) - bin ich der Meinung, dass wir alles unternehmen müssen, um natürlich speziell an der Stelle etwas zu machen. Und was die Pendlerpauschale anbelangt; die wollten Sie 2004 bis 20 Kilometer völlig abschaffen. Dann haben die Koalitionsfraktionen (intervenierte, um) sie auf 15 Cent zu kürzen und jetzt tun Sie so, als hätten Sie da noch nie etwas machen wollen. Wir haben es damals auf 30 Cent gerettet im Vermittlungsausschuss.

**Innerhalb von zwei Tagen ist dieser Benzinpreis um 18 Cent gestiegen und Sie bieten jetzt die drei Cent an als Steuerersatz. Ist das nicht ein bisschen kleiner Tropfen auf einen sehr heißen Stein?**

**Merkel:** Ja, wir können sieben Jahre Rot-Grün nicht ungeschehen machen mit einem Tag, aber wir können das machen, was die Menschen auch erwarten. Wir können dort, wo es nicht die Rentnerinnen und Rentner betrifft, versuchen, einen kleinen Beitrag zu leisten. Alle kleinen Beiträge, ob das jetzt die strategischen Reserven sind, ob das jetzt die Frage ist, helfen wir den Menschen über eine bestimmte Zeit hinweg, sind ganz wichtige Beiträge und deswegen würde ich nichts außer Acht lassen. Man kann darüber nachdenken. Wir sind im Gegensatz zu Rot-Grün der Meinung, dass langfristig die Ökosteur (sowieso) nicht die richtige Steuer ist.

**Schröder:** Darf ich noch einmal einen Moment etwas zu dem Thema sagen? Frau Merkel hat vorgeschlagen, drei Cent, die nicht zur Stabilisierung der Rente dienen sozusagen den Bürgerinnen und Bürgern zurückzugeben. Wie immer das technisch gehen mag, ich will es im Moment mal unterstellen. Ich habe Ihnen deutlich gemacht, dass etwa 15 Cent in der Mineralölsteuer Ökosteur sind. Zehn Prozent davon sind anderthalb Cent. Die hätte Sie zur Verfügung, die würden aber aufgefressen, wenn sie die Mehrwertsteuer erhöht. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer würden den Benzinpreis um 2,2/2,5 Prozent [*gemeint sind wohl Cent*] nach oben treiben. Im Ergebnis hätten die Menschen

also Steine statt Brot, kein bisschen weniger sondern mehr, wenn die Vorschläge von Frau Merkel realisiert würden. Was die Ökosteuer angeht, fällt mir ja auf, dass sie das zwar kritisiert, aber erklärt hat sie, sie wolle sie nicht abschaffen, das wäre doch die logische Konsequenz, wenn Sie so sehr kritisieren.

**Merkel:** Ich kann sie natürlich nicht abschaffen, sondern muss—

**Schröder:** Doch, Sie könnten es schon.

**Merkel:** Mit dem Erbe von sieben Jahren Rot-Grün leben. Und ich kann die Rentnerinnen und Rentner - das werden wir auch nicht tun - nicht einfach im Regen stehen lassen. Aber noch einmal, um auf Ihr Beispiel zurückzukommen.

**Schröder:** Also brauchen Sie sie auch.

**Merkel:** Um einmal auf Ihr Beispiel zurückzukommen; wenn wir nur die Mineralölsteuer senken und nicht die Ökosteuer nehmen, die auf Strom liegt, die auf Gas liegt und auf anderen Dingen, dann können wir drei Cent für die Mineralölsteuer senken. Ich habe es mir natürlich angeschaut, ich habe auch erst den Rechenfehler gemacht, das ich gesagt habe, das ganze Ökosteueraufkommen geteilt durch das. Aber es sind drei Cent für die Mineralölsteuer oder 1,5 Cent für alles. Aber alles ist ja im Moment nicht gefragt, der Strom ist mit stabilem Preis da. Insofern sind wir der Meinung, dass man das prüfen könnte, ich habe gesagt prüfen könnte, denn hier sind die Bürgerinnen und Bürger schlicht und ergreifend betrogen worden, weil der Bundeskanzler ihnen '98 versprochen hat, er wird alles in die Rente tun und das ist gerade eben nicht passiert.

### ***Schröder attackiert Energiepolitik der Union***

[*Spiegel Online*, 7.9.2005] Der Bundestag ist am 7.9.2005 zu seiner letzten Sitzung vor der Neuwahl zusammengetreten. In einer kämpferischen Rede warb Kanzler Schröder um das Vertrauen der Bürger, attackierte die Union - und forderte Konsequenzen aus der US-Hurrikankatastrophe.

Ganz zu Beginn der Debatte gedachte der Bundestag der Opfer der Hurrikan-Katastrophe in den USA. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse

schilderte die Erschütterung der Deutschen über die schrecklichen Folgen der Naturkatastrophe. Ein Gebiet der Größe von zwei Dritteln des Bundesgebiets sei von der Katastrophe betroffen. Der SPD-Politiker sprach den Opfern des Hurrikans und ihren Angehörigen sein Beileid aus.

Dann war der Kanzler an der Reihe. Zum Anfang seiner Regierungserklärung mit dem Titel „Deutschland ist auf dem richtigen Weg“ betonte Gerhard Schröder die Solidarität mit den USA und sicherte der US-Regierung volle Unterstützung zu. Dieses Hilfsangebot basiere nicht nur auf der Dankbarkeit Deutschlands für die Hilfe der USA nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern sei ein völlig selbstverständliches Angebot der Mitmenschlichkeit. Die Bundeswehr habe bereits 40 Tonnen Notverpflegung sowie Equipment und medizinische Hilfe in die Gebiete gebracht, in denen Menschen Not litten, sagte der Kanzler. Notunterkünfte stünden bereit und könnten in die USA geflogen werden, sobald sie angefordert würden.

### **„Union auf dem Weg zurück in die Vergangenheit“**

Zugleich verteidigte der SPD-Politiker die teilweise Freigabe von Ölbeständen aus der nationalen Reserve. Die Ölkonzerne warnte er, die Situation zu „verantwortungsloser Preistreiberei“ auszunutzen. Schröder fordert ein radikales Umdenken in der Umweltpolitik. Die Abhängigkeit von Erdöl müsse drastisch verringert werden: „Eine Politik weg vom Öl ist dringende Notwendigkeit.“ Der von Rot-Grün eingeschlagene Weg zugunsten alternativer Energien sei „ohne vernünftige Alternative“. Zugleich warnte der Kanzler vor einer „Rolle rückwärts“ in der Atompolitik, wie sie die Union mit dem Ausstieg aus dem Atomausstieg vor habe. Dies sei „eine Strategie, die total zum Scheitern verurteilt“. Seine Herausforderin Angela Merkel (CDU) sei auf dem Weg „zurück in die Vergangenheit“.

Kampfeslustig zog er eine Bilanz der vergangenen Legislaturperiode und warb um das Vertrauen der Wähler für die kommenden Jahre. Die Reform am Arbeitsmarkt beginne zu wirken, die Steuerlast der Bürger und Unternehmen sei verringert, das Gesundheitssystem reformiert und die

Rentenbeiträge gesenkt worden. Zugleich warf Schröder der Union vor, Statistiken zu fälschen und die Menschen in Unsicherheit zu stürzen. Die Wahrheit sei, dass seit April dieses Jahres 1500 versicherungspflichtigen Arbeitsplätze wieder pro Tag entstünden. (...)

### **Grüne werfen Merkel Hilflosigkeit vor**

[*Spiegel Online*, 5.9.2005] Die hohen Benzinpreise haben eine hitzige Debatte über den richtigen Weg in der Umwelt- und Verkehrspolitik entfacht: Für die Grünen agiert CDU-Chefin Merkel in energiepolitischen Fragen hilflos. Und in der CSU gibt es plötzlich Stimmen für eine Pkw-Maut.

Man könne nicht einerseits den Sprit über eine höhere Mehrwertsteuer verteuern, gleichzeitig aber Teile der Ökosteuer in Frage stellen, sagte die Vorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion, Katrin Göring-Eckardt der „Berliner Zeitung“. „Gerade die Ökosteuer geht über die Senkung der Lohnnebenkosten ja direkt an die Bürger zurück.“ Ihrer Ansicht nach greifen die Vorschläge der CDU-Chefin Angela Merkel angesichts der weltweit steigenden Rohöl- und Benzinkosten zu kurz: „Wir brauchen eine Strategie weg vom Öl. Das ist langfristig der beste Weg, unsere Wettbewerbsfähigkeit zu sichern“ Dazu gehöre vor allem der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse. Göring-Eckardt kritisierte, dass CDU/CSU den Ausbau bremsen wollten. „Ausgerechnet da will die Union streichen“, sagte sie.

Umweltminister Jürgen Trittin wies den Vorwurf zurück, die Bundesregierung sei mit der Ökosteuer mit verantwortlich für die hohen Benzinpreise. „Anfang 2003 haben wir zum fünften und bisher letzten Mal die Ökosteuer erhöht“, sagte der Grünen-Politiker der „Märkischen Allgemeinen“. „Danach kostete der Liter Sprit rund einen Euro. Heute kostet der gleiche Sprit, obwohl nicht ein Cent Ökosteuer dazugekommen ist, mehr als 1,40 Euro.“

### **Vignetten-Lösung vorgeschlagen**

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Andreas Scheuer sprach sich für die Einführung einer Pkw-Maut auf Deutschlands Autobahnen zum 1. Januar 2006 aus. Das Geld solle dabei über die Ausgabe

von Vignetten, wie es in Österreich geschehe, hereinkommen. „Mit dem Erlös sollte entweder die Kfz-Steuer reduziert oder die Ökosteuer zurückgeführt werden“, sagte Scheuer der „Passauer Neuen Presse“. Letzteres würde zu einem Absinken des Benzinpreises führen.

Da deutsche Autobahnen auch von vielen Ausländern benutzt würden, würden die meisten Deutschen stärker entlastet, als sie durch den Vignetten-Preis belastet würden, sagte der CSU-Politiker. Die Entlastung würde - bei einer Preisgestaltung wie sie in Österreich herrsche - ab einer jährlichen Fahrleistung von 7500 Kilometern greifen. Merkel hatte allerdings bereits für den Fall eines Wahlsiegs die Einführung von Straßenbenutzungsgebühren für Pkw ausgeschlossen.

Die Union will jedoch im Falle eines Wahlsiegs eine einheitliche Plakette für umweltfreundliche Dieselfahrzeuge einführen. „Wir brauchen eine einfache und unbürokratische Lösung“, sagte die CSU-Politikerin Gerda Hasselfeldt der Tageszeitung „Die Welt“. Eine Vielzahl unterschiedlicher Plaketten würde nur für Verwirrung sorgen und die Kontrolle erschweren.

Die CSU-Politikerin, im Kompetenzteam von Unionskanzlerkandidatin Angela Merkel zuständig für Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, bezeichnete es als falsch, „Maßnahmen zur Senkung der Feinstaubbelastung auf den Verkehrsbereich zu beschränken“. Denn nur 20 Prozent der Feinstaubproblematik hingen mit dem Verkehr zusammen. Vielmehr müssten sich Industrie und private Haushalte künftig stärker anstrengen, damit die Grenzwerte nicht mehr überschritten würden.

### **Verband hält Kirchhof für "Umwelt-Desparado"**

[*N24.de*, 13.9.2005] Sollte die Union das Steuerkonzept ihres Finanzexperten Paul Kirchhof nach einem möglichen Wahlsieg am 18. September in die Tat umsetzen, wird das „verheerende Auswirkungen auf die deutsche Umweltpolitik“ haben. Das sagte der Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH), Jürgen Resch, am Dienstag in Radolfzell. Denn mit dem Kirchhof-Konzept

komme das Ende für „praktisch alle“ gegenwärtigen Maßnahmen des Staates, die umweltschonendes Verhalten über das Steuersystem belohnten.

„Wenn das Denken von Paul Kirchhof Einfluss auf die künftige Regierungsarbeit gewinnt, verabschiedet sich der Staat fast zwangsläufig aus seiner Verantwortung für die Umwelt und die Lebensgrundlagen unserer Kinder“, sagte Resch. Zugleich warnte er die Kanzlerkandidatin der Union, Angela Merkel (CDU) vor einem „ökologischen Kahlschlag“. Dass die frühere Bundesumweltministerin mit Kirchhof einen „Umwelt-Desparado“ in ihr so genanntes Kompetenzteam berufen habe, belegt für Resch, den „untergeordneten Stellenwert, den die Kanzlerkandidatin dem Umweltthema heute noch zubilligt“.

#### „Umwelt-Streichliste“ vorgelegt

Als Beispiel für staatliche Maßnahmen zur Förderung der Umwelt nannte der DUH-Geschäftsführer die Ökosteuer, Steuererleichterung für Produkte wie Bio-Diesel oder Marktanzreizprogramme für neue Umwelttechnologien. Alle diese Instrumente stünden „zur Disposition“, warnte Resch. Sein Verband legte dazu eine „Umwelt-Streichliste“ vor, die die DUH „auf der Basis der Kirchhof'schen Vorstellungen für ein radikal vereinfachtes Steuersystem erstellt“ habe, ohne dabei Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

Bei dem früheren Verfassungsrichter „mischt sich Unwissenheit über ökologische Zusammenhänge mit missionarischem Eifer bei dem, was er für steuergerecht hält“, sagte Resch. Kirchhof betrachte „Steuergleichheit als das Fundament bürgerlicher Freiheit“, die „im Konfliktfall auch auf Kosten der Umwelt bewahrt“ werden solle. Das Credo des Unions-Finanzexperten lautet „Steuern sollen finanzieren, nicht steuern.“ Daher rechtfertige für Kirchhof „nicht einmal das im Grundgesetz verankerte Verfassungsziel des Umweltschutzes“ die steuerliche Förderung etwa von Wind- oder Solaranlagen.

#### Bütikofer nennt Kirchhof „weltfremd“

Der Parteichef der Grünen, Reinhard Bütikofer, schloss sich der Kritik der DUH an und warf Kirchhof zugleich Weltfremdheit vor. Die

Steuerpläne des Juristen machten „deutlich, welchen Kahlschlag er in der Umweltpolitik plant“, sagte Bütikofer in Berlin. „Ist Kirchhof so weltfremd, dass er die praktischen Folgen seiner theoretischen Ideen völlig ausblendet?“ fragte er.

*Die vollständige Streichliste kann bei der Deutschen Umwelthilfe gelesen werden:*  
[http://www.duh.de/index.php?PHPSESSID=6bd1cbe3828671364de808457584efee&page\\_id=10&page\\_src=press/showpm.php&article\\_id=&limit=0&topics\\_id=226](http://www.duh.de/index.php?PHPSESSID=6bd1cbe3828671364de808457584efee&page_id=10&page_src=press/showpm.php&article_id=&limit=0&topics_id=226)

#### Ökosteuer erfüllt ihren wichtigen Zweck

[Bundesministerium der Finanzen, 7.9.2005] Zur Versachlichung der aktuellen Diskussion um die Ökosteuer erklärt das Bundesministerium der Finanzen:

1. Das dem Bund zustehende Ökosteueraufkommen dient zum ganz überwiegenden Teil der Entlastung der Rentenversicherung und damit der Begrenzung der Lohnnebenkosten. So fließen aus den für das laufende Jahr erwarteten Einnahmen aus der Ökosteuer in Höhe von rd. 18 Mrd. Euro knapp 16,5 Mrd. Euro in die Rentenversicherung. Ohne die Einnahmen aus der Ökosteuer hätte 2003 bis 2005 der Rentenbeitragssatz um 1,7 Prozentpunkte höher festgelegt werden müssen.

2. Behauptungen, die Gelder aus der Ökosteuer würden teilweise zum Stopfen von Haushaltsmitteln verwendet, entsprechen nicht den Tatsachen. Die nicht in die Rentenversicherung fließenden Einnahmen in Höhe von rd. 1,5 Mrd. Euro werden z. B. zur Förderung erneuerbarer Energien und zur Begünstigung von Biokraft- und Bioheizstoffen verwendet. Als Teil der Ökologischen Steuerreform liefern diese Projekte wichtige Beiträge zum Energiesparen und zur rationellen Energieverwendung. Diese Projekte sind damit Teil der vielfältigen Maßnahmen der Bundesregierung, um die Abhängigkeit der deutschen Volkswirtschaft vom Öl Schritt für Schritt zu verringern.

Aus dem Bundeshaushalt sind in 2005 folgende Mittel zur Förderung alternativer Energien eingeplant, die aus Mitteln der Ökosteuer in Höhe von rund 1,5 Mrd. Euro gespeist werden:

- Bundesumweltministeriums (BMU)-Haushaltstitel zur Förderung alternativer Energien (einschließlich Energieforschung; Marktanzreizprogramm zur Förderung erneuerbarer Energien): rd. 265 Mio. Euro.
- Aus dem Marktanzreizprogramm werden schwerpunktmäßig Zuschüsse für Solarkollektoren zur Warmwasserbereitung (und seit 1.7.05 auch zu Heizzwecken) gezahlt sowie für Anlagen zur Verfeuerung von fester Biomasse.
- Bundeswirtschaftsministeriums (BMWA)-Haushaltstitel zur Unterstützung des Exports von Technologien im Bereich erneuerbare Energien: rd. 15 Mio. Euro.
- Bundesverbraucherschutzministerium (BMVEL): Förderprogramm für nachwachsende Rohstoffe.
- Bundesentwicklungshilfeministerium (BMZ): Entwicklungshilfemittel werden z.T. auch für erneuerbare Energien aufgewendet: 2005 in Höhe von rund 100 Mio. Euro.

Hinzu kommen Steuermindereinnahmen aus der bisher vollständigen Mineralölsteuerbefreiung für Biokraftstoffe, die im Jahre 2005 zu Mindereinnahmen im Bundeshaushalt von rd. 1 Mrd. Euro nur für Biodiesel führen und die mit den Einnahmen aus der Ökosteuer kompensiert werden (zuzüglich Mindereinnahmen für Bioethanol).

3. Vor diesem Hintergrund sind Forderungen nach einer Ökosteuersenkung ökonomisch und ökologisch unsinnig. Erstens ist vollkommen unklar, ob eine Steuersenkungen von den Mineralölgesellschaften an die Verbraucher weitergegeben würde. Zweitens würde der Wegfall der Einnahmen die o.g. Projekte treffen, mit denen gerade die Nachfrage nach Öl und Benzin gesenkt werden soll. Ohne diese dämpfenden Effekte dürfte der Druck auf Preiserhöhungen bei Öl und Benzin weiter steigen. Ebenso würde eine Erhöhung der Mehrwertsteuer sich negativ auf die Höhe der Benzinpreise auswirken. Eine von der Opposition im Wahlkampf angekündigte Anhebung um zwei Prozentpunkte würde die Benzinpreise um bis zu 3 Cent je Liter verteuern.

*[Anmerkung des FÖS]*

Es ist zu begrüßen und interessant, dass sich das Bundesministerium der Finanzen mit dieser Argumentation (1) und gerade jetzt (2) zur ÖSR äußert.

ad 1.

Zu begrüßen ist, dass mit dieser Pressemitteilung der Zusammenhang der ÖSR mit Mindereinnahmen und zusätzlichen Ausgaben hergestellt wird. So ist die Steuerbefreiung für Biokraftstoffe im Zusammenhang mit der Gesetzgebung zur ÖSR erfolgt, daher ist diese Darstellung angemessen und vom FÖS immer gefordert worden. Korrekterweise müsste auch die mit fast 1,5 Milliarden sehr umfangreiche Förderung der effizienten Kraft-Wärme-Kopplung und weitere gut 80 Millionen Euro durch die ermäßigte Besteuerung des öffentlichen Verkehrs und von Erd- und Flüssiggas im Verkehr in der Liste des BMF aufgeführt werden.

Es müssen folglich rund 2,5 Milliarden Euro Ausgaben für Umweltzwecke über Steuerermäßigungen angesetzt werden, weitere 360 Millionen als direkte Ausgaben für Umweltzwecke. Wenn man nun davon ausgeht, dass diese Steuerermäßigungen nicht existiert hätten, wäre das Aufkommen der ÖSR 2005 nicht bei rund 18 Milliarden, sondern bei rund 20,5 Milliarden. Setzt man nun korrekterweise 2,5 und 0,36 Milliarden Euro ins Verhältnis zu 21 Milliarden, kommt man auf einen Anteil der Verwendung für Umweltzwecke in einer Höhe von rund 14 Prozent.

Allerdings **werden** in der Pressemitteilung auch Ausgaben **mit der ÖSR** vermengt, die nichts mit ihr zu tun haben. So stand die Energieforschung für erneuerbare Energien, die BMWA-Unterstützung des Exports von Technologien im Bereich der erneuerbaren Energien, das BMVEL-Förderprogramm für nachwachsende Rohstoffe und die BMZ-Entwicklungshilfemittel bei ihrer Einführung nicht in einem Zusammenhang mit der ÖSR. Zudem fließt mittlerweile weniger als ein Drittel des Stromsteueraufkommens aus der Besteuerung des Stroms aus erneuerbare Energien, das laut ursprünglicher Vereinbarung vollständig in das Marktanzreizprogramm fließen sollte, tatsächlich in dieses.

Aber die Behauptung der Opposition, hier fließe Geld einfach so in den Staatssäckel stimmt auch

nicht. In der Tat fließen runde 1,5 Mrd. Euro in den allgemeinen Haushalt (vergleiche Seite 13 der Studie der ÖSR-Bilanz des BMF:

[http://www.bundesfinanzministerium.de/cln\\_03/n\\_n\\_4142/sid\\_8ED647AD469446DF1F7A67DB25EF16FF/nsc\\_true/DE/Steuern/Oekologische\\_Steuerreform/Grundlagen/001.html](http://www.bundesfinanzministerium.de/cln_03/n_n_4142/sid_8ED647AD469446DF1F7A67DB25EF16FF/nsc_true/DE/Steuern/Oekologische_Steuerreform/Grundlagen/001.html)

Hier sind die Zeilen "Gesetz zur Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform" (1,1 Mrd.) und "Saldo" (0,4 Mrd.) zu addieren). Diese Mitteln stehen aber rund drei Milliarden Euro Ausgaben für im Zusammenhang mit der ÖSR beschlossene explizite oder als Steuerermäßigungen gewährte Ausgaben gegenüber. Übrigens hatte die Opposition der Befreiung der Biokraftstoffe Mitte 2002 selber noch zugestimmt – nicht zuletzt, weil die Landwirtschaft ganz erheblich davon profitiert. Diese Befreiung jetzt abzuschaffen, wäre wohl nur sehr schwer verständlich zu machen..

Diese Aussage steht jedoch in einem auffälligen Kontrast zur bisherigen Argumentation des Bundesministeriums der Finanzen. Üblicherweise folgt die Argumentation des BMF dem so genannten Non-Affektationsprinzip. Das haushaltspolitisch durchaus sinnvolle Prinzip bezeichnet das Fehlen einer Zweckbindung von Einnahmen, also dass bestimmte Ausgaben nicht durch bestimmte Einnahmen finanziert werden, sondern dass alles in und aus einem großen gemeinsamen Topf fließt. Bedauerlich ist nur, dass BMF nicht schon früher so argumentierte, denn sonst hätte BMF dies bereits in seiner o.g. Bilanz zur ÖSR vom August 2005 präsentieren können.

Allerdings kann es fachlich nicht sein, dass Ausgaben für erneuerbare Energien am Ende vom Volumen einer Energiebesteuerung abhängig gemacht werden. Zudem müsste BMF dann auch die Forderung erheben, dass die Steinkohlesubventionen von immerhin weit über zwei Milliarden Euro in vollem Umfang über eine Besteuerung der Kohle zu finanzieren sind. Dazu wird es aber wohl so schnell nicht kommen.

ad 2.

Bisher hatte das BMF sich zur ÖSR nur selten geäußert. Dies mag der teilweise unpopulären

ÖSR geschuldet sein - wobei die Frage an das BMF erlaubt sei, warum es nicht durch umfassende offensive Aufklärungs- und Informationskampagnen dieser Einstellung entschieden entgegengewirkt hat. Schließlich ist es das BMF, das für die Steuerpolitik verantwortlich ist. Und diese seltene Äußerung des BMF verwundert schon, hat doch die Ökologische Steuerreform in den letzten Jahren den größten Beitrag zur Senkung und Stabilisierung der Lohnnebenkosten erbracht. Sie lägen um 1,7% höher ohne die Ökosteuer. Und die Senkung der Arbeitslosigkeit u.a. durch Senkung der Lohnnebenkosten ist schließlich das Thema mit einer der höchsten, wenn nicht sogar der höchsten Priorität. Nach einer vom BMF selbst beauftragten Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hat sie zwischen 176.000 und 250.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Um so mehr ist es zu begrüßen, dass sich das BMF zur ÖSR und mit dieser Argumentation äußert.

### ***ÖSR schafft Jobs und verringert Emissionen***

[Bundesumweltministerium, 12.9.2005] Die am 12.9.2005 vom Umweltbundesamt (UBA) vorgelegten „Daten zu Umwelt 2005“ belegen nach Ansicht von Bundesumweltminister Jürgen Trittin, dass sich die Klima- und Umweltschutzpolitik der Bundesregierung positiv ausgewirkt hat. Gemeinsam mit dem UBA-Präsidenten, Prof. Dr. Andreas Troge, stellte er heute in Berlin die 8. Ausgabe der umfassenden Datensammlung zur Umwelt in Deutschland vor. Trittin: „Umweltschutz bedeutet Vorfahrt für Arbeit. Die Ökologische Steuerreform hat zu einem Anstieg der Beschäftigung um 250.000 Arbeitsplätze und zu 20 Millionen Tonnen weniger CO<sub>2</sub> geführt. Das Kioto-Ziel zur Treibhausgasminderung ist fast erreicht, der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung wurde seit 1990 um 174 Prozent, der am Primärenergieverbrauch sogar um 300 Prozent gesteigert. Die erneuerbaren Energien machen uns unabhängiger vom Erdöl und sorgen für mehr Beschäftigung.“ Weil weltweit der Ausstoß von Treibhausgasen weiter steigt, sprach sich Trittin für eine Kioto-Nachfolgeregelung für

die Zeit nach 2012 aus.

Troge verwies mit Blick auf die bevorstehende Internationale Automobilausstellung (IAA) in Frankfurt am Main darauf, dass der Verkehr im Jahr 2003 mit etwa 20 Prozent zum energiebedingten CO<sub>2</sub>-Ausstoß beitrug. Mit rund 95 Prozent stammte der Löwenanteil aus dem Straßenverkehr. Hinzu kommt, dass diese klimaschädlichen Emissionen parallel zum Kraftstoffverbrauch gegenüber 1990 um 6,4 Prozent gestiegen sind. Erst seit dem Jahr 2000 ist ein leichter Rückgang der CO<sub>2</sub>-Emissionen zu verzeichnen – wegen des wachsenden Anteils der Diesel-Pkw am Gesamtbestand und auch wegen der Ökosteuer. „Das ist ein erfreulicher Trend, aber kein Grund, sich zurückzulehnen, als ob alles getan sei“, sagte Troge.

Die deutlichste Minderung des Treibhausgas-Ausstoßes trat in der Abfallwirtschaft auf, wo die Methan-Emissionen infolge besserer Abfallverwertung kontinuierlich zurückgingen.

Mit den „Daten zur Umwelt“ erfüllt die Bundesregierung ihre Pflichten zur Umweltberichterstattung. Sie informieren über alle Gebiete des Umweltschutzes, von der Luftreinhaltung über die Gewässerqualität bis hin zu Abfallwirtschaft und Klimaschutz.

Trittin bekräftigte das Ziel der Bundesregierung in der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, den täglichen Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche bis zum Jahr 2020 auf 30 Hektar zu begrenzen. Noch 2003 haben sich diese meist versiegelten Flächen täglich um 93 Hektar ausgedehnt, mit einem Schwerpunkt im Süden Deutschlands und um die Metropolen herum. Trittin: "Es ist an den Kommunen, verstärkt Innenstadtbächen für eine neue Nutzung auszuweisen. Eine wichtige Rolle spielt das neue Hochwasserschutzgesetz, das die kurzsichtige Versiegelung wertvoller Flächen verhindern wird."

Bei der Luftreinhaltung sei das größte gesundheitliche Problem die Belastung mit Dieselpartikeln. Trittin erinnerte die Länder an den Vorschlag der Bundesregierung, den serienmäßigen Einbau von Partikelfiltern in Dieselfahrzeuge steuerlich zu fördern.

Ein wachsendes Problem des Verkehrs –

insbesondere des Straßenverkehrs – ist der Lärm. Troge: „Rund 12 Millionen Menschen in Deutschland haben durch den Verkehrslärm ein erhöhtes Risiko für eine Herzkrankheit: Das Herz wird nicht genügend durchblutet.“ Derzeit, so Troge, ist oberhalb eines Belastungspegels von tagsüber 65 Dezibel [dB(A)] und nachts 55 dB(A) außerhalb der Wohnungen von einem nennenswerten Anstieg des Risikos für Herzkrankheiten auszugehen. „Deshalb“, so Troge, „ist der Verkehrslärm nicht nur lästig. Er ist ein ernstzunehmendes Gesundheitsproblem. Wir müssen es künftig konsequenter angehen. Lärmschutz ist Gesundheitsschutz.“

Jährlich aktualisierte Umweltinformationen stellt das UBA im Internet unter

<http://www>

### ***Merkel: Ökosteuer bleibt***

[dpa, 28.8.2005] In der ARD-Sendung „Sabine Christiansen“ am Sonntagabend (21.8.) verwies die CDU-Vorsitzende auf die siebenjährige Regierungszeit von Rot-Grün: „Ich kann das, was an Misswirtschaft, was an Fehlern gemacht wurde, was an falschen Versprechen abgegeben wurde, nicht von einem Tag auf den anderen wieder weg machen, sondern ich brauche Wirtschaftswachstum.“

Langfristig halte sie die Ökosteuer für falsch. „Aber kurzfristig kann ich den Menschen nicht sagen: Ich mach' jetzt mal 30 Milliarden neue Schulden zu den 40 dazu“, sagte Merkel. Die hohen Energiepreise nannte Merkel einen „richtigen Standortnachteil für Deutschland“. Mit längeren Laufzeiten der Atomkraftwerke könne man sparen.

### ***„Es gibt keinen Spielraum zur Senkung der Ökosteuer“ – Gerda Hasselfeldt über die Umweltkompetenz der Union***

[Interview von Jörg Michel, Berliner Zeitung, 1.9.2005]

**Frau Hasselfeldt, warum wollen Sie Umweltministerin werden?**

Wer sagt eigentlich, dass ich Umweltministerin werden will?

**Das hatten wir angenommen, da Sie im Kompetenzteam der Union ja für die**



**Umweltpolitik zuständig sind.**

Sicher. Ich bin aber auch für Landwirtschaft und Verbraucherschutz verantwortlich. Es ist sinnvoll, all diese Bereiche im Kompetenzteam zu bündeln. Da gibt es viele Schnittmengen, etwa bei Energie aus Biomasse. Damit ist aber keine Vorentscheidung über den Zuschnitt der Ministerien gefallen.

**Was macht denn Ihre besondere Kompetenz bei der Umwelt aus?**

Ich habe in der Fraktionsspitze viel mit Energie oder Agrar zu tun. Da gibt es viele Berührungspunkte mit der Umwelt. Ich habe so einen umfassenden Blick.

**Sind die jüngsten Naturkatastrophen Vorboten des Klimawandels?**

Solche Katastrophen machen deutlich, wie wichtig internationale Abkommen zum Klimaschutz sind.

**Wie wollen Sie denn den Klimawandel in Deutschland bekämpfen?**

Auch dafür brauchen wir neue und effektive Ansätze, die wir zusammen mit Wirtschaft und Verbänden im Rahmen der „Klimaallianz Deutschland“ finden werden. Klar aber ist, dass nationale Alleingänge nicht weiter helfen. Deshalb betten wir alle Maßnahmen durch unsere Initiative „Kioto plus“ in die Fortschreibung der internationalen Klimaschutzziele ein.

**Behindert zu viel Umweltschutz die Schaffung von Arbeitsplätzen?**

Nicht generell. Durch die erneuerbaren Energien sind viele Jobs entstanden. Ich will daran erinnern, dass die Grundlage für das Erneuerbare-Energien-Gesetz das von der Union initiierte Stromeinspeisegesetz ist. Die Umweltbürokratie aber muss durchforstet werden.

**Wo denn zum Beispiel?**

Die neue EU-Chemikalienpolitik, bei der allein 30 000 längst bekannte Stoffe bürokratisch registriert und in jahrelangen Verfahren noch einmal getestet werden sollen, kostet Geld, hemmt Innovationen und verschlechtert die Wettbewerbsbedingungen. Dadurch sind hunderttausende Jobs gefährdet.

**In NRW hat die Union den Schutz des Hamsters für die Arbeitsplatzmisere verantwortlich gemacht.**

Zu Recht. Dies war eine merkwürdige Geschichte mit parodistischen Zügen und hat als Beispiel gezeigt, dass eine zu komplizierte Umweltbürokratie die Ansiedlung von Unternehmen behindert.

**Ihr Leitspruch „Vorfahrt für Arbeit“ widerspricht so dem Umweltschutz.**

Nein, da gibt es keinen Gegensatz. Man darf aber keine ideologische Politik machen wie Rot-Grün. Beim Feinstaub etwa hat man sich lange in Details der Kennzeichnung verheddert, den Blick aufs Ganze aber verloren. Das Problem ist lange bekannt. Man hätte sich deswegen längst mit Wirtschaft, Verbänden und Kommunen in einem Umweltpakt zusammensetzen können.

**Sie wollen längere Laufzeiten für Kernkraftwerke. Wie wollen Sie so Akzeptanz für Ihre Politik schaffen?**

Durch Überzeugungsarbeit. Längere Laufzeiten sind gut für den Klimaschutz weil Atomkraftwerke kaum Kohlendioxid ausstoßen. Außerdem können wir die Versorgungslücke, die durch den Ausstieg entstünde, nicht schnell genug mit erneuerbaren Energien schließen. Zudem wollen wir so langfristig für günstigeren Strom sorgen.

**Die Wirtschaft will aber die Strompreise nicht senken.**

Der exakte Einfluss längerer Laufzeiten auf den Strompreis lässt sich noch nicht abschätzen. Das hängt von vielen Rahmenbedingungen ab. Es wird aber sicher einen dämpfenden Effekt geben. Der Anstieg der Strompreise kann zumindest abgemildert werden.

**Wollen Sie wegen der Benzin-Rekordpreise die Ökosteuer senken?**

Die dramatische Preisentwicklung zeigt, dass die Einführung der Ökosteuer ein Fehler war. Auf Grund der rot-grünen Misswirtschaft sind derzeit aber leider keine Spielräume vorhanden, um kurzfristig die Ökosteuer zu senken.

***Eichel weist Merks Forderung zur Senkung der Ökosteuer zurück***

[Berliner Morgenpost, 4.9.2005]  
Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) hat Unions-Kanzlerkandidatin Angela Merkel und

den CSU-Vorsitzenden Edmund Stoiber scharf wegen ihrer Vorschläge zur Eindämmung des Benzinpreisanstiegs angegriffen. „Die Ankündigung von Frau Merkel, die Ökosteuer um drei Cent zu senken, ist Zeichen eines grenzenlosen Populismus und finanzpolitischer Unseriosität“, sagte Eichel der „Welt am Sonntag“.

Das der Bundkasse zustehende Aufkommen aus der Ökosteuer werde zum überwiegenden Teil zur Entlastung der Rentenversicherungskasse verwandt, fügte Eichel hinzu. Mit einem kleineren Teil der Summe würden erneuerbare Energien gefördert. „Das ist eine Politik, die unter der Regierung Kohl und der damaligen Umweltministerin Merkel sträflich vernachlässigt worden ist“, monierte Eichel.

Der Bundesfinanzminister wandte sich ebenfalls gegen Überlegungen, die wegen der höheren Benzinpreise angeblich gestiegenen Einnahmen der Mehrwertsteuer an die Verbraucher zurückzugeben. „Was Stoiber, Merkel und Konsorten vorschlagen, ist bestenfalls Unkenntnis, schlimmstenfalls der billige Versuch, mit einem ernsten Thema, das viele Menschen umtreibt, Wahlkampf zu machen“, zitierte die Zeitung Eichel.

Dem Finanzminister zufolge gibt es wegen der höheren Benzinpreise keine Mehreinnahmen aus Mineralölsteuer und Mehrwertsteuer, die an die Verbraucher zurückgegeben werden können. Die öffentlichen Haushalte hätten ebenso wie die privaten Haushalte unter dem hohen Benzinpreis zu leiden. „Frau Merkel, Herr Stoiber und Herr Koch sollten lieber auf ihre unsinnigen Pläne verzichten, die Mehrwertsteuer zu erhöhen und die Pendlerpauschale zu kürzen“, sagte Eichel. „Genau das würde die Menschen, die vom hohen Ölpreis betroffen sind, entlasten.“

Die Union bekräftigte derweil ihr Vorhaben, nach einem möglichen Wahlsieg unerwartete Steuereinnahmen aus den steigenden Benzinpreisen an die Bürger zurückzugeben. Stoiber sagte am 3.9.2005 beim CSU-Parteitag in Nürnberg, der Staat dürfe nicht der Profiteur dieser Preisexplosion sein. Eine Möglichkeit sei, den Teil der Ökosteuer, der nicht in die Rentenkasse fließe, an die Bürger zurückzugeben. Er griff damit einen Vorschlag auf, den die CDU-

Vorsitzende Angela Merkel am Freitag, 2.9.2005, bei der CSU vorgestellt hatte. Merkel hatte hier gesagt, es sei bekannt, dass ein Teil der Ökosteuer in den Haushalt fließe.

### ***Westerwelle gegen Senkung von Ökosteuer***

[N24.de, 4.9.2005] FDP-Chef Westerwelle hält nichts von den Plänen der Union, steigende Einnahmen bei der Mehrwertsteuer durch eine Ökosteuersenkung auszugleichen. Besser sei, die Mehrwertsteuer erst gar nicht zu erhöhen.

FDP-Chef Guido Westerwelle ist gegen Unionspläne, die steigenden staatlichen Mehreinnahmen bei der Mehrwertsteuer dank gestiegener Benzinpreise durch eine Ökosteuersenkung für den Verbraucher auszugleichen. „Ich schlage vor, dass man von Anfang an auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer verzichtet“, meinte Westerwelle am Sonntag, 4.9.2005, in Konstanz. Er nannte die Pläne „vom Willen her richtig, von der Methode her allerdings ein wenig kompliziert“.

Die Union will im Falle eines Wahlsiegs die Mehrwertsteuer um zwei Punkte auf 18 Prozent erhöhen und zur Eindämmung des Benzinpreisanstiegs die Ökosteuer senken.

In der Steuerpolitik verlangte Westerwelle generell ein Umsteuern des Staates. Es dürfe nicht sein, dass der Staat zunächst seine Ausgaben plane und dann nachschaue, welchem Bürger er in die Tasche greifen könne. „Dieser Pawlowsche Reflex, dass ein Haushaltsloch in Deutschland regelmäßig mit Steuererhöhungen beantwortet wird, das muss in diesem Land ein Ende haben. Die Steuerzahler können nicht ein Selbstbedienungsladen für ratlose Finanzminister werden.“

### ***Übersicht: Was die Parteien planen***

[Die Welt, 29.8.2005]

#### **SPD**

Steuern: Ökosteuer bleibt.

Kohlepolitik: Es bleibt bei den vereinbarten Subventionen für die Steinkohle bis 2012.

Atomkraft: Atomausstieg ohne Laufzeitverlängerung.

Erneuerbare Energien: Weitere Förderung, vor allem der Energieerzeugung aus Biomasse.

#### **CDU**

Steuern: Ökosteuern bleibt.

Kohlepolitik: Sozialverträgliches Ende des subventionierten Bergbaus in Abstimmung mit Nordrhein-Westfalen und Saarland.

Atomkraft: Laufzeiten der Atomkraftwerke werden verlängert. Die „daraus resultierende Rendite muss sich auch in niedrigeren Strompreisen niederschlagen.“

Erneuerbare Energien: Ausbau auf einen Anteil von mindestens 12,5 Prozent am Stromverbrauch bis 2012. Die „exorbitante Subventionierung“ wird reduziert. Mehr Förderung für Biomasse, weniger für Windkraft.

Klimaschutz: „Kioto-Plus-Initiative“, in der die größten Kohlendioxid-Produzenten sowie Entwicklungsländer eingebunden sind.

#### **Grüne**

Steuern: Einführung einer Kerosinsteuer. Mehrwertsteuer auf grenzüberschreitende Flüge. Ökosteuern-Ausnahmen für Großverbraucher werden reduziert. Mineralölsteuer wird nicht erhöht.

Kohlepolitik: Abschaffung aller Beihilfen bis 2012. Beendigung des Bergbaus im Saarland bereits 2010 wegen „extrem hoher Schäden“.

Atomkraft: Baldige Stilllegung der Atomkraftwerke Philippsburg 1, Isar 1, Biblis A und Brunsbüttel mit Hilfe der Sicherheitsbestimmungen des Atomgesetzes.

Atomare Entsorgung: „Endlagersuchgesetz“ soll Konzerne verpflichten, auf eigene Kosten nach einem Endlagerstandort zu suchen. Das Atomlager Asse II soll wegen akuter Überflutungsgefahr schnell stillgelegt werden.

Erneuerbare Energien: Ein Viertel der Stromversorgung, der Wärmenutzung, des Kraftstoffverbrauchs und der noch zu produzierenden chemischen Gütern bis 2020 aus erneuerbaren Energien und nachwachsenden Rohstoffen („4 mal 25-Ziel“). Gesetz zur Förderung regenerativer Wärmegewinnung geplant.

Klimaschutz: Kioto-Prozess durch eine internationale Agentur für Erneuerbare Energien

fortsetzen. Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent senken, bis 2050 um 80 Prozent.

#### **FDP**

Kohlepolitik: Generelle lineare Subventionskürzung von 20 Prozent. Steinkohlesubventionen werden eingestellt. Änderung des Bergbaugesetzes, das die Belange der Bürger stärker berücksichtigen soll.

Atomkraft: Option zur Nutzung der Kernenergie offen halten.

Erneuerbare Energien: Weitere Förderung. Bis Speicher-Technologien entwickelt sind, soll das Erneuerbare Energien-Gesetz ersetzt werden durch Quotenvorgaben.

Klimaschutz: Kohlendioxid-Emissionen bis 2020 europaweit um 30 Prozent senken.

#### **Linkspartei**

Steuern: Erzeuger von Strom aus fossilen und nuklearen Quellen zahlen höhere „Primärenergiesteuer“. Rentner, Sozialhilfeempfänger und Studenten sollen Ausgleich für Ökosteuern erhalten. Ökosteuern finanziert ein ökologisches Umbauprogramm.

Atomkraft: Beschleunigter Atomausstieg.

Atomare Entsorgung: Standorte Gorleben und Schacht Konrad sind aufzugeben. Keine Wiederaufbereitung von Brennstoffen.

Erneuerbare Energien: Bis 2025 Anteil von 80 Prozent, bis 2050 die Vollversorgung.

Klimaschutz: Reduzierung der Kohlendioxid-Emissionen um 50 Prozent bis 2020, bis 2050 um 90 Prozent.

Energieforschung: Verzehnfachung der Mittel.

Energiesparen: Strikte Verpflichtung zur Wärmedämmung bei Altbauten. Bei Neubauten soll der Standard von Niedrigenergiehäusern verpflichtend werden.

### ***Schwarz-Gelb denkt über Pkw-Maut nach***

[*Spiegel Online, 1.9.2005*] Unmittelbar vor der Wahl werden im konservativ-liberalen Lager Stimmen laut, die sich für die Einführung einer Pkw-Maut aussprechen. Die SPD nutzt die Debatte zum Angriff auf Unions-Kanzlerkandidatin Angela Merkel.

Baden-Württembergs FDP-Landeschefin Birgit Homburger sprach sich für die Pkw-Abgabe aus. „Wir wollen weg von der Steuer- hin zur Nutzungsfinanzierung“, erklärte die Liberalen-Politikerin. Diese würde auch sicherstellen, dass das Geld zweckgebunden in den Verkehrsbereich fließe. „Die Kfz- und Mineralölsteuer gehen derzeit nur zu geringen Teilen in den Verkehr“, erläuterte Homburger. Die Gebühr müsse streckenabhängig sein.

Damit stellt sich Homburger gegen den potenziellen Koalitionspartner. So hatte Unions-Kanzlerkandidatin Angela Merkel (CDU) der Pkw-Maut eine Absage erteilt. „Weder ein generelles Tempolimit auf Autobahnen noch eine Maut für Pkw sind mit der Union zu machen“, hatte Merkel am Dienstag, 30.8.2005, gesagt. Zumindest in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter der Leitung der CDU-geführten Länder Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen wird ebenfalls über die Pkw-Maut debattiert. Das geht aus einem internen Arbeitspapier der zuständigen Ministerien hervor. In dem Schreiben schlugen Fachleute vor, eine Autobahnvignette für alle Kraftfahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht unter 12 Tonnen einzuführen und gleichzeitig die Mineralölsteuer zu senken. Dieser Schritt sei „zeitnah umsetzbar“, heißt es weiter in dem Papier.

Die Beteiligten waren bemüht, sich von solchen Plänen zu distanzieren. Das Papier sei nur eine Diskussionsgrundlage für die Arbeitsgruppe, die noch mehrfach vor der Sitzung der Ressortchefs Mitte Oktober in Berlin tagen werde, betonte ein Stuttgarter Ministeriumssprecher. Ein Sprecher des Düsseldorfer Verkehrsministeriums nannte Meldungen, Nordrhein-Westfalen sei für eine Pkw-Maut, „Quatsch mit Soße“. In der Union wurden die Pläne harsch kritisiert. Sachsen-Anhalts Verkehrsminister Karl-Heinz Daehre (CDU) lehnt die Erhebung einer Auto-Maut strikt ab. „Die Autofahrer sind wegen der hohen Spritpreise ohnehin schon stark gebeutelt. Außerdem weichen neben den Lkw-Fahrern dann auch noch Pkw-Fahrer auf die Bundesstraßen aus.“

### **SPD attackiert Merkel**

Die SPD nutzte die Diskussion zum Angriff auf den politischen Gegner. Bundesverkehrsminister

Manfred Stolpe (SPD) befürchtet trotz der Absage von CDU Chefin Angela Merkel an die Auto-Maut eine Einführung durch die Union. „Ich vermute, dass Frau Merkel das am Ende nicht durchhalten wird, was sie jetzt erklärt hat“, sagte er am 1.9.2005 in Berlin.

„Ich beobachte mit ganz großer Sorge, dass das offenbar nicht die durchgängige Linie der Partei ist.“ Eine Pkw-Maut treffe rund 800.000 Menschen, die aus beruflichen Gründen jeden Tag lange Strecken pendeln, warnte Stolpe.

### ***Eigentor beim Umweltschutz***

*[Michael Bauchmüller, Süddeutsche Zeitung, 09.09.2005]* Die Wirtschaft drischt auf das Trittin-Ministerium ein – und erntet viel Ärger.

Es sollte „eine ganz normales Papier vor der Wahl“ werden, sagt Hermann Hüwels. Der Brüsseler Mitarbeiter des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) ist Co-Autor eines Positionspapiers mit dem Titel „Für einen Strategiewechsel in der Umweltpolitik – Erwartungen der Wirtschaft an die künftige Bundesregierung“. Als solcher ist der Mann nun mächtig in der Defensive, denn das Papier sorgt in diesem Wahlkampf nur für Ärger. Nachzulesen ist dort, was die Wirtschaft and der Umweltpolitik der vergangenen Jahre schätzte: So gut wie nichts. Es habe zu wenig Dialog mit der Wirtschaft gegeben. Umweltvorgaben machten Unternehmen das Leben schwer. Öko-Standards würden in Deutschland übertrieben, nicht einfach nur eingehalten. Der Klimaschutz – ineffizient und teuer. Das Umweltministerium – in dieser Form überflüssig.

Seit das Papier am 8. September an die Öffentlichkeit gelangte, rollt eine Welle der Empörung über den Verband hinweg. Der Bundesverband Erneuerbare Energien rief dazu auf, den Kammern einen Teil der Beiträge nicht zu überweisen. Denn die Basis des DIHK besteht im Wesentlichen aus mittelständischen Unternehmen – und damit auch aus allen, die durch grüne Umweltpolitik erst entstehen konnten. Eine „Kirchhof-Liste zur Abwicklung der Umweltpolitik“ wähnt Umweltminister Jürgen Trittin selbst. „So dreist und ungeschminkt wie der DIHK hat noch keiner aufgeschrieben, was in der Wirtschaft gedacht wird“, sagt Trittin.

Autor Hühwels dagegen wundert sich. „Es ist das erste Mal, dass ein solches Papier so aufgenommen wurde“, sagt er. Dabei lässt der siebenseitige Katalog tatsächlich kaum einen Stein auf dem anderen: Die Wirtschaft fordert demnach, Deutschland solle sein Klimaziel fallen lassen. Die Treibhausgas-Emissionen, so hatte die Regierung unlängst zugesagt, sollen bis 2020 um 40 Prozent sinken, sofern die EU ein Minus von 30 Prozent schafft. Des Weiteren solle die Chemikalien-Regelung „Reach“, über die die EU-Länder verhandeln, so ausfallen, dass sie der deutschen Wirtschaft nicht schadet. Umweltverbände sollten weniger oft klagen dürfen; der Naturschutz solle Investitionen seltener behindern. Das Pfand auf Einwegverpackungen, eben erst installiert, müsse überprüft und „bei weiteren Fehlentwicklungen“, ersetzt werden. Abfall- und Wasserwirtschaft gehörten privatisiert. Immer nach der Devise: Wirtschaft hat Vorfahrt.

Erst kürzlich hatte der Schwesterverband der Industrie, BDI, sich mit der Forderung nach einer Wende im Klimaschutz eine Breitseite eingefangen. Der Verband hatte gefordert, bei der Klimapolitik dem Vorbild der USA zu folgen, die klimafreundliche Technologien fördern wollen. Auch damals gab es viel Ärger, mittlerweile sogar einen Brief an den Bundeskanzler. „Wir reden keinem Ausstieg aus dem Kioto-Protokoll das Wort“, schrieb ihm BDI-Chef Jürgen Thumann. Ein paar Zeilen später aber auch: „Klimapolitik ist nicht nur Umweltpolitik, sondern auch Wirtschaftspolitik.“

### ***Klimaschutz muss weiter gehen***

*[Jürgen Trittin, Frankfurter Rundschau, 30.8.2005] Der Mensch trage Mitschuld an vermehrten Naturkatastrophen, hat Bundesumweltminister Jürgen Trittin in einem Beitrag für die Frankfurter Rundschau geschrieben. Angesichts der verheerenden Schäden, die der Hurrikan „Katrina“ in den USA verursacht hat, appellierte er erneut an die Vereinigten Staaten, an den internationalen Bemühungen um Klimaschutz mitzuwirken.*

Eben noch im Kino, jetzt in echt: Die Bilder der Zerstörung, die der Wirbelsturm „Katrina“ hinterlässt, erinnern beklemmend an Szenen aus

Science Fiction-Filmen eines Roland Emmerich. Kein einzelner Sturm kann unzweideutig auf den Klimawandel zurückgeführt werden. Doch drei Dinge lassen sich wissenschaftlich eindeutig belegen: Naturkatastrophen nehmen in Häufigkeit und Ausmaß drastisch zu. Der Klimawandel macht das Entstehen von Stürmen und Fluten in Nordamerika und Europa wahrscheinlicher. Und der Mensch trägt mit dem Ausstoß von Treibhausgasen ganz erheblich zum Klimawandel bei.

Es gibt nur eine Konsequenz daraus: Treibhausgase müssen radikal reduziert werden, und zwar weltweit. Vor dieser Notwendigkeit haben die USA bisher die Augen verschlossen. Bei einem Anteil an der Weltbevölkerung von vier Prozent sind sie für etwa ein Viertel der globalen Emissionen von Treibhausgasen verantwortlich. Der durchschnittliche Amerikaner erzeugt - bei vergleichbarem Lebensstandard - mehr als doppelt so viel CO<sub>2</sub> wie der durchschnittliche Europäer. Die Regierung Bush lehnt dennoch internationale Klimaschutzziele mit der Begründung ab, sie schädeten der amerikanischen Volkswirtschaft.

Der amerikanische Präsident verschließt die Augen vor den wirtschaftlichen und menschlichen Schäden, die seinem Land und der Weltwirtschaft durch Naturkatastrophen wie „Katrina“, also durch unterlassenen Klimaschutz, zugefügt werden. Welchem Nutzen, muss man sich fragen, dient eine derart kurzsichtige Politik? Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der sich in einem Fall besonders unglücklichen Timings erst vor wenigen Tagen überraschend der unhaltbaren Bush-Logik „Klimaschutz schadet der Wirtschaft“ angeschlossen hatte, schweigt zum Thema.

Dabei könnte gerade die deutsche Industrie stolz darauf sein, bewiesen zu haben, dass keine Volkswirtschaft dazu verdammt ist, sich dem Energieträger Öl anzuliefern. Die deutsche Energiewende gilt international als Beispiel dafür, dass die Förderung erneuerbarer Energien, energieeffizienter Techniken und eine konsequente Nutzung der Potentiale des Energiesparens volkswirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Erfolg verbindet.

Unser Erneuerbare-Energien-Gesetz wird nicht

nur in Europa, sondern auch in Asien und Lateinamerika kopiert. Der von uns vorangetriebene europäische Emissionshandel bewirkt jetzt schon eine deutliche Verlagerung der Investitionen hin zu emissionsärmeren Kraftwerken.

Im Gegensatz zum BDI sind viele Amerikaner längst nicht mehr gewillt, dem klimapolitischen Irrweg ihres Präsidenten zu folgen. Anzeichen, dass Bush nicht nur der Gegenwind des Hurrikans „Katrina“ ins Gesicht weht, mehren sich: Der US-Senat fordert bindende Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen; der republikanische Parteifreund Bushs, Gouverneur Schwarzenegger hat diese Forderung für Kalifornien jüngst in die Tat umgesetzt; die Bundesstaaten des amerikanischen Nordostens wollen sich zu einem Emissionshandel nach europäischen Vorbild zusammenschließen; und Bushs treueste Wählerschaft, die religiöse Rechte, fordert mit dem Schutz der Schöpfung Gottes eine Abkehr vom klimapolitischen Isolationismus Amerikas.

Nie war es dringender als heute, die Vorreiterrolle Deutschlands im internationalen Klimaschutz zu stärken. Wir brauchen keine Lockerung, sondern eine erhebliche Verstärkung internationaler Reduktionsziele - kurz ein „Kioto zwei“. Ich setze mich mit aller Kraft dafür ein, Verhandlungen darüber noch dieses Jahr bei der nächsten Weltklimakonferenz in Montreal zu beginnen

Wenn endlich die Vernunft im Hauptquartier der Klimaverschmutzer einkehren wird, muss die internationale Gemeinschaft in der Lage sein, Amerika mit einem ausgearbeiteten Vorschlag für die Zukunft des internationalen Klimaschutzes die Hand zu reichen. Die Bundesregierung steht dafür bereit.

### **„Menschen stehen im Vordergrund“**

[Interview von Nick Reimer, taz, 3.9.2005]  
Umweltminister Jürgen Trittin weist Lambsdorffs Antiamerikanismus-Vorwurf zurück.

**taz: Graf-Lambsdorff wirft Ihnen Antiamerikanismus, Gerda Hasselfeldt Pietätlosigkeit vor. FDP und CDU fordern Ihren Rücktritt. Treten Sie zurück?**

**Jürgen Trittin:** Lambsdorff und Frau Hasselfeldt kochen ihr Süppchen. Wahrscheinlich wissen sie

gar nicht, worum es geht. Ich bin am Montag, 29.8.2005, gebeten worden, einen Kommentar über den klimapolitischen Zusammenhang des Hurrikans zu schreiben. Da war niemandem das verheerende Ausmaß der Katastrophe klar. Ich habe darauf hingewiesen, dass ein solch singuläres Ereignis wie „Katrina“ nicht ursächlich und eindeutig dem Klimawandel zuzuschreiben ist. Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass die menschengemachte Klimaerwärmung dazu führt, dass sich solche Wetterereignisse in Häufigkeit und Heftigkeit verstärken werden. Und ich schrieb, dass wir den USA die Hand für mehr Klimaschutz reichen wollen. Was ist daran antiamerikanisch?

### **Vielleicht weiß das der Kanzler?**

Gerhard Schröder hat die Angriffe der Opposition gegen mich zurückgewiesen und gesagt, dass die Bedingungen von entscheidender Bedeutung sind, unter denen politische Fragen gestellt und debattiert werden. Dem stimme ich absolut zu. Als ich den Kommentar schrieb, ging alle Welt nach der Nachrichtenlage davon aus, dass das Schlimmste an New Orleans vorbeigegangen sei. Auf Grundlage dieser Nachrichtenlage haben alle Zeitungen den Zusammenhang zwischen Hurrikan und Klimaschutz kommentiert - und ich auch. Als klar wurde, dass es sich um eine der schlimmsten Naturkatastrophen handelt, standen die Menschen im Vordergrund. Die Grünen waren die Ersten, die zu Spenden aufgerufen haben, lange bevor Angela Merkel und die *Bild*-Zeitung das zum Thema ihrer Benzinpreis-Kampagne gemacht haben.

**Der am 2.9.2005 ein gewisser Erfolg beschieden war: Schröder könnte die Ölreserven freigeben.**

Diese Kampagne ist tatsächlich gut für die Grünen. Denn die einzige Partei, die Benzin, Strom und Heizöl künftig verteuern will, ist die Union.

**Sollten wegen „Katrina“ und Klimaschutz nicht die Grünen über Energieverteuerung nachdenken?**

Solange diese Katastrophe läuft, müssen alle den USA, dem Gouverneur, dem Oberbürgermeister, den Rettungskräften unter die Arme greifen. Im Mittelpunkt steht zurzeit, dass es keine weiteren

Toten gibt, dass die Lage unter Kontrolle kommt, dass das Wasser aus der Stadt gedrängt wird und die Menschen in ihre Heimat zurückkönnen. Wenn das geschehen ist, geht es um die Frage, wie man künftig die Wahrscheinlichkeit solcher Ereignisse weltweit minimieren kann. Ungeachtet der deutlichen Unterschiede beim Kioto-Protokoll hat diese Bundesregierung auch Gemeinsamkeiten mit der Bush-Administration. Erst im Sommer haben wir ein gemeinsames Abkommen unterzeichnet, das neue, klimaschonende Technologien hervorbringen soll.

**Im Herbst ist die nächste Klimakonferenz. Gesetzt den Fall, der Umweltminister heißt dann noch Jürgen Trittin: Was hat er im Gepäck?**

Wir haben diesen Vorschlag europaweit abgestimmt. Das Ziel lautet: 30 Prozent weniger CO<sub>2</sub> bis zum Jahr 2020.

***Eigenverantwortung und Freiheit –  
Junge Liberale erwärmen sich sogar für  
Ökosteuer***

*[aus Mainzer Allgemeine Zeitung, 31.8.2005] (...)*  
Weniger enig sind sich Jugend und Mutterpartei allerdings in Sachen Umweltschutz und Ökosteuer: „Im Grunde ist die Ökosteuer ja ein guter Gedanke, der einem liberalen Standpunkt entspricht“, findet Bretschneider *[Juli-Vorsitzender Mainz]*: Jeder sei verantwortlich für das, was er tue. „Und wer die Umwelt belastet, soll das auch spüren, zum Beispiel am Geldbeutel.“ eine Energiesteuer im deutschen Alleingang sei zwar eine zu starke Belastung für die Wirtschaft, doch langfristig sei eine europäische Regelung angezeigt. Die FDP sei in dieser Hinsicht leider nicht sehr einsichtig: „Ich denke, dass wir Jungen die Ökologie ein bisschen ernster nehmen.“ (...)

# ÖKOSTEUERNEWS 36 – SEPTEMBER 2005

SONDERAUSGABE ZUR BUNDESTAGSWAHL

## 4. AUTOVERKEHR



Quelle: Süddeutsche Zeitung, 11.09.2005

### **Der lange Weg zum Drei-Liter-Auto**

[Joachim Wille, Frankfurter Rundschau, 2.9.2005] Die Industrie produziert meilenweit an klimapolitisch erwünschten Modellen vorbei - noch heißt der Trend: größer, schneller, schwerer.

„1001 PS! Super-VW wird gebaut“, freute sich *Bild* am 1.9.2005 unten auf der Titelseite. Geschätzter Verbrauch des neuen Bugatti Veyron mit seiner stolzen PS-Zahl, den die VW-Tochter von Montag, 5.9.2005 an im Elsass produziert: 30 Liter auf 100 Kilometer, aber nur bei sparsamer Fahrweise.

Zufall oder nicht: Oben auf derselben Seite feuerten die *Bild*-Macher den Appell ab: „Kanzler, rück den Billigsprit raus“. Der Staat solle seine Ölreserven, die für 90 Tage reichen, auf den Markt werfen, um den Spritpreis zu senken. Damit den Bugattis dieser Welt der Kraftstoff nicht ausgeht?

Man mag die Entscheidung des Volkswagen-Konzerns, ein solches Vehikel zu bauen, als Marotte begreifen. Doch in der gesamten Pkw-Flotte schreitet die Aufrüstung bei PS, Gewicht und, manchmal übertriebenem, Komfort trotz der seit Jahren kräftig steigenden Kraftstoffpreise voran. Das aber verhindert, dass der Spritdurst der



Autos in dem Maße sinkt, wie es der Fortschritt in der Motoren- und Getriebetechnik ermöglichen würde. So ist die Autoindustrie heute noch weit davon entfernt, das klimapolitisch erwünschte „Drei-Liter-Auto“ zum Standard zu machen, das auch Benzin für 1,40 Euro pro Liter besser verkraften ließe. Der Durchschnittsverbrauch der Neuwagen deutscher Hersteller lag 2004 bei rund 6,8 Liter.

### **Technisch ist noch einiges drin**

Der Verband der Automobilindustrie (VDA) rühmt sich, dass der Verbrauch seit 1990 um rund zwei Liter gesunken ist. Zu einem großen Teil ist das der rasanten Karriere des Dieselmotors zu verdanken, der rund ein Fünftel sparsamer ist als der Benziner. Der Marktanteil des Selbstzünders in Deutschland erreichte 2004 vormals undenkbar 44 Prozent. Derzeit liegt er mit 42 Prozent wieder etwas niedriger - die Feinstaubdebatte und die Zusatzkosten für den Partikelfilter von rund 500 Euro hinterlassen ihre Spuren.

Technisch ist sowohl beim Diesel als auch beim Benziner noch einiges drin. Effizientere Verbrennung im Motor, optimierte Automatikgetriebe, neue leichtlaufende Reifen - all das drückt den Spritverbrauch. Auch die von den Japanern entwickelte Hybrid-Technologie - Benzin- plus Elektromotor - verspricht einiges. „Aber dann kommen die Kunden, kaufen statt eines Golf einen zwei Tonnen schweren Geländewagen für die Stadt, und der Gewinn ist hin“, sagt der Gelsenkirchener Autoexperte Ferdinand Dudenhöffer. Allerdings: Die hohen Spritpreise könnten das Größer-Schneller-Schwerer-Muster verändern. Dudenhöffer erwartet, dass zumindest private Käufer umdenken.

Der Autofachmann des Umweltbundesamtes, Axel Friedrich, hält kräftige Verbrauchssenkungen für möglich. Er sagt: Moderne Motoren mit angemessener Leistung, variabler Verdichtung und Aufladung könnten bei leichteren Autos Sparwunder erbringen. Das aber setzt ein Umdenken sowohl bei den Konzernen wie den Kunden voraus, die allzu lange einträchtig Sportlichkeit und Luxus den Vorrang vor Klimaverträglichkeit gegeben hätten.

Das einst hochgelobte Drei-Liter-Auto von VW,

die Sparversion des Minis „Lupo“, hatte unter diesen Umständen keine Chance. Nur rund 30 000 Stück wurden von dem 1999 aufgelegten Öko-Viersitzer verkauft, und die Wolfsburger liefern ihn seit Mitte des Jahres nicht mehr aus. So umweltbewegt, 5000 Euro mehr als für die Normalversion hinzulegen, waren nur wenige. Bleibt nur ein Trost: Mehr Käufer, als der 1001-PS-Bugatti haben wird, waren es schon.

### **Selbstverpflichtung**

Die europäischen Hersteller haben sich verpflichtet, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2008 auf durchschnittlich 140 Gramm pro Kilometer zu senken. Das entspricht einem Verbrauch von 5,3 Liter Diesel und 5,9 Liter Benzin. 2004 lag der Wert für die in Deutschland neu zugelassenen Pkw bei 175 Gramm. Experten rechnen damit, dass die Industrie ihr Einsparziel verfehlt.

### ***Deutsche Forschungsgemeinschaft: Deutsche Industrie vernachlässigt Benzin sparende Autos***

[AFP, 4.9.2005] Deutschlands oberster Wissenschaftler hat die deutsche Automobilindustrie angesichts der hohen Benzinpreise davor gewarnt, den Trend zu sparsamen Autos zu verschlafen. „Es gibt Autos auf der Welt, die dieselbe Leistung bringen und nur die halbe Menge Benzin verbrauchen“, sagte Ernst Ludwig Winnacker, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der „Financial Times Deutschland“ (Montagausgabe vom 5.9.2005). „Es macht mir große Sorgen, dass die deutschen Automobilhersteller diese Technik nicht liefern können.“

Winnacker sagte, dass Hybrid-Fahrzeuge mit einer Kombination aus Otto- und Elektromotor derzeit die beste verfügbare Technik seien, um Kraftstoff zu sparen. „Hybrid-Autos haben derzeit nur bei den allerhöchsten Geschwindigkeiten einen Nachteil. Vielleicht werden sie deshalb in Deutschland nicht entwickelt und verkauft. Die logische Antwort wäre ein Tempolimit“, sagte Winnacker. Das gebe es in den meisten Ländern der Welt ohnehin längst.

Um die Benzinspartechniken auch in Deutschland populär zu machen, forderte Winnacker deren gesetzliche Förderung. „Man sollte einfach die

Gesetze von Kalifornien oder Japan übernehmen. Dort kaufen die Menschen Benzin sparende Autos, weil es dafür Anreize gibt.“

### ***Spritpreis sorgt für Autokäufe***

[*taz*, 6.9.2005] Die Automobilbranche profitiert offenbar vom hohen Spritpreis. Im August stieg die Zahl der Neuzulassungen um elf Prozent, teilte der Verband der Automobilindustrie (VDA) am 5.9.2005 mit. Insgesamt waren es 245.000 Fahrzeuge. Vor allem Dieselmotoren mit geringem Verbrauch sind derzeit gefragt. „Die Kunden reagieren auf die Preisexplosion an den Zapfsäulen“, stellte VDA-Präsident Bernd Gottschalk fest. Benzinfräser würden durch neue Fahrzeuge mit geringem Verbrauch ersetzt. Die Autohersteller versuchten angesichts des Ölpreises, die Motoren effizienter zu machen und Biokraftstoffe voranzutreiben. Vor der Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) hätten auch viele neue Modelle den Markt belebt. Die Rabatte erhöhten ebenfalls den Absatz. Der Verband rechnet damit, dass in diesem Jahr die erhofften 3,3 Millionen Autos verkauft werden können. Allerdings ging der Export im Vergleich zum Vorjahr zurück.

### ***Biodiesel wird zum Verkaufsschlager***

[*Gudrun Lux, taz*, 10.9.2005] Der hohe Ölpreis sorgt für einen Nachfrageschub bei alternativen Treibstoffen. Beim Biodiesel ist das Angebot bereits knapp. Jetzt geht der erste Hersteller an die Börse. Mit den erhofften Einnahmen will EOP Biodiesel seine Produktion verdoppeln

Biodiesel hat's geschafft: Am Mittwoch geht der erste Biodiesel-Hersteller an die Börse. Die mittelständische European Oil Products Biodiesel AG (EOP Biodiesel) aus dem brandenburgischen Falkenhagen wird im Rahmen einer Privatplatzierung rund 3,37 Millionen Aktien ausgeben. 20 Millionen Euro sollen diese bringen. Geld, mit dem das Unternehmen die Gunst der Stunde nutzen und seine Produktion ausbauen will. Denn dank der explodierenden Preise für herkömmlichen Treibstoff ist die Nachfrage nach Biodiesel so stark gestiegen, dass sie kaum befriedigt werden kann.

476 Millionen Liter Biodiesel wurden nach

Angaben der Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen (UFOP) 2004 in Deutschland an öffentlichen Tankstellen getankt - 32 Prozent mehr als 2003. Nun gibt es Gerüchte, der alternative Kraftstoff sei ausverkauft. Jürgen Ziegner, Geschäftsführer des Zentralverbands des Tankstellengewerbes, bestätigt, das Angebot werde "langsam knapp". Man müsse sich mit Importen aushelfen - trotz enormer Produktionssteigerung: Wurden im Jahr 2000 in Deutschland noch etwa 716.000 Tonnen Biodiesel produziert, so rechnet die UFOP für 2006 mit über 1,9 Millionen Tonnen.

Auch EOP Biodiesel will seinen Ausstoß auf 65.000 Tonnen jährlich verdoppeln und mittelfristig zu den zehn größten Biodieselherstellern des Landes gehören. Für potenzielle Anleger hält das Management schon jetzt schöne Zahlen bereit: 80 Prozent der Produktion des seit 1. Juli laufenden Geschäftsjahres sind bereits verkauft. Die Aktien sind jedoch zunächst nur für institutionelle Anleger wie Fonds, Banken und Versicherungen zu haben. Privatanleger müssen bis zum Börsenstart warten.

Schlagender Vorteil von Biodiesel ist momentan der Preis: Einen Liter gibt es schon ab 91 Cent. Allerdings kann Rapsmethylester (RME) - so der technische Name für Biodiesel - nicht einfach in jeden Dieseltank gefüllt werden. Seine Esthersäuren können Schläuche und Dichtungen angreifen, die ausschließlich für Standarddiesel gemacht sind. Dann funktioniert gar nichts mehr - also besser erst mal nachschauen, was der Hersteller sagt.

Nach Auskunft des Verbands der Automobilindustrie wird es ab einer Beimischung von mehr als 5 Prozent Biodiesel kritisch: Das "Salatöl" sei weder lagerstabil noch werkstoffkompatibel, so Pressesprecherin Anahid Riekmann. Privat zu mischen könnte sowieso problematisch werden: Denn die genannten fünf Prozent dürfen auch die Hersteller von herkömmlichem Diesel untermischen, ohne dies extra anzugeben. "Im Moment kann keiner genau sagen, wie viel Biodiesel schon im Diesel ist", bestätigt Michael Winkler von der Umweltabteilung des Mineralölwirtschaftsverbandes. Es liegt jedoch

nahe, dass der erlaubte Anteil nahezu ausgeschöpft ist.

Wer mehr als 5 Prozent Rapsöl tanken will, muss "in jedem Fall umrüsten", sagt auch UFOP-Expertin Britta Nimphy. Neuwagen könne man ab Werk biodieseltauglich bestellen, serienmäßig sei allerdings kein RME-kompatibler Wagen zu haben.

## 5. FLUGVERKEHR

### *Chirac treibt Ticketsteuer voran*

[Die Zeit, 1.9.2005] Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac will bei der Einführung einer Sondersteuer auf Flugtickets zur Finanzierung von Entwicklungshilfe die Initiative ergreifen. „Ich habe die Regierung damit beauftragt, die notwendigen Schritte einzuleiten, solch eine Steuer im kommenden Jahr einzuführen“, sagte Chirac am 29.8.2005.

Seit Monaten ringen die Industriestaaten um die Frage, wie den ärmsten Ländern der Welt besser geholfen werden kann. Chirac machte sich stets für die Einführung einer Sondersteuer auf Flugtickets stark. Im Januar erklärte er, dass ein weltweit erhobener Zuschlag von einem Dollar je Ticket rund zehn Mrd. Dollar einbringen würde, die zum Beispiel im Kampf gegen Aids in Afrika eingesetzt werden könnten.

Chirac erklärte am 31.8.2005, dass Frankreich gemeinsam mit Deutschland, Algerien, Brasilien, Chile und Spanien den Vorschlag beim Gipfeltreffen der Vereinten Nationen im September vorbringen wollten. Die Bundesregierung hat Chiracs Vorstoß in dieser Frage immer unterstützt. Ein Sprecher des deutschen Finanzministeriums sagte, dass die Bundesregierung derzeit aber noch keine Pläne habe, diese Steuer tatsächlich einzuführen.

Im Juni hatten die acht größten Industrienationen (G8) die Einführung der Steuer diskutiert. Die Reaktionen auf den Vorschlag waren aber eher gemischt. So sind die Vereinigten Staaten von der Idee nicht überzeugt, wollen den Plan aber auch nicht blockieren, wenn andere Staaten ihn umsetzen.

Unklar blieb am 31.8.2005, wie die Einführung der Ticket-Steuer in Frankreich konkret aussehen soll. Fraglich ist zum Beispiel, ob von dieser Steuer zunächst nur französische Fluggesellschaften betroffen wären.

Die von Chirac propagierte Ticketsteuer ist eine Ableitung der Idee der so genannten Tobin-Steuer. Der Ökonom James Tobin hatte den Ansatz entwickelt, die weltweiten Kapitalströme mit einer Steuer zu belegen, um damit Entwicklungshilfeprojekte zu finanzieren.

### *Franzosen und Briten planen Flugticketsteuer für 2006*

[Die Welt, 10.9.2005] Frankreich und Großbritannien wollen im kommenden Jahr eine Steuer auf Flugtickets einführen, um mehr Geld für die Entwicklungshilfe bereitzustellen. Beim Treffen der EU-Finanzminister in Manchester seien "wichtige Fortschritte" in dieser Frage erzielt worden, sagte Frankreichs Wirtschafts- und Finanzminister Thierry Breton. Demnach unterstützen aus der Europäischen Union auch Deutschland und Spanien die Initiative, von außerhalb auch Brasilien, Chile und Algerien. Rund 20 weitere Staaten hätten Interesse bekundet.

Die Abgabe soll etwa fünf Euro pro Passagier und Flug betragen und in einen internationalen Fonds zur Verbesserung der Gesundheitslage und Bildung in armen Ländern fließen. Breton rechnet insgesamt mit Einnahmen von bis zu zehn Mrd. Euro pro Jahr.

### *Gegen das schlechte Öko-Gewissen beim Fliegen*

[swissinfo, 29.8.2005] Der Verein Myclimate bietet klimaneutrales Fliegen mit ökologischen Zusatz-Billets an. Mit den Einnahmen werden Treibhaus-Emissionen kompensiert. Das Konzept gefällt bereits einigen Unternehmen und Behörden. Doch der Bund bleibt vorderhand noch skeptisch.

Sich an den Stränden der Malediven ausspannen gehört zu den Träumen, die man sich eiligst erfüllen sollte, denn wegen der Klimaerwärmung steigt der Meeresspiegel ständig.

Paradoxerweise sind es gerade auch Malediven-Reisende, die dazu beitragen, dass das Meer ihr Traumziel langsam überflutet. Mit einem Flug von Zürich-Kloten nach Malé stößt das Flugzeug pro Passagier 1,5 Tonnen CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre aus. Dies entspricht etwa der Menge, die ein Automobilist in einem ganzen Jahr emittiert.

### **Klimaschutz konkret**

Wie lassen sich unter diesen Umständen ökologisches Gewissen, ökologische Dringlichkeit und Mobilitätsansprüche unter einen Hut bringen? Junge Umweltwissenschaftler der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETH) gründeten vor bald drei Jahren den Verein Myclimate.

Dieser verkauft Zusatz-Billette zu den Flugtickets und will so den CO<sub>2</sub>-Ausstoss neutralisieren. Mit eine Flug Zürich-Rom retour produziert ein Passagier 412 kg. Damit das ökologische Gleichgewicht einigermaßen im Lot bleibt, müssen diese 412 kg mit einer gleichgroßen Einsparung an Emissionen irgendwo anders auf der Welt ausgeglichen werden.

Das Myclimate Zusatz-Billet kostet 25 Franken. Das Geld wird verwendet, um in Eritrea Solarkollektoren zu installieren. Myclimate hat die durchschnittlichen Kosten für die Kompensation von einer Tonne von CO<sub>2</sub> in einem Klimaschutz-Projekt berechnet. Das Zusatz-Billet nach Malé kostet 109 Franken.

### **Luftverkehr als wichtiger Verursacher von Treibhausgas**

Weder im Protokoll von Kioto über die Reduktion von Treibhausgasen noch in der Schweizer Gesetzgebung sind derartige Maßnahmen im Flugverkehr vorgesehen.

International ist der Luftverkehr für rund 3 Prozent des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstosses verantwortlich. In der Schweiz für gut 10 Prozent.

Innerhalb der gesamten Transportindustrie jedoch gilt der Luftverkehr als der am schnellsten wachsende Sektor. Maßnahmen wären deshalb angebracht, sagt Corinne Moser von Myclimate gegenüber swissinfo.

Unternehme man nichts, so rechnet sie vor, werden sich bis 2050 die Emissionen von Treibhausgasen aus Flugzeugen verdreifachen. Dies würde alle Reduktions-Bemühungen, die in

anderen Bereichen realisiert werden, zunichte machen.

### **Eine Idee, die Boden gewinnt**

Das Konzept von Myclimate hat bereits verschiedene Unternehmen, Teile der Reisebranche und Privatpersonen überzeugt. 2004 betrug das Budget des Vereins 190'000 Franken. Dieses Jahr dürften 300'000 Fr. überschritten werden.

„80 Prozent der Einnahmen gehen in die Entwicklung von alternativen Energien“, sagt Moser. Im vergangenen Jahr hat der Verein 105'000 Fr. an die vier Klimaschutzprojekte in Eritrea, Südafrika, Indien und Costa Rica überwiesen.

Dieses Jahr werden es mit 200'000 Fr. fast doppelt so viel sein. „Erfolg haben wir vor allem bei Unternehmen im Privatsektor“, sagt Moser. Beinahe 20 Schweizer Tour Operator unterstützen Myclimate, aber nicht die Grossen wie Kuoni oder Hotelplan.

### **Bundesrat gegen Mehrausgaben**

Kürzlich hat es der Bundesrat abgelehnt, den Kauf von Myclimate-Tickets für alle Flugreisen des Bundes obligatorisch zu erklären. Diese Forderung hatte die grüne Berner Nationalrätin Franziska Teuscher in einer Motion erhoben.

Der Bundesrat hält dagegen, ein Myclimate-Obligatorium für Bundesräte, Parlamentarier und Bundesangestellte hätte „erhebliche Mehrausgaben“ zur Folge. Diese aber wären wegen des "eher bescheidenen Beitrags" zur CO<sub>2</sub>-Reduktion „nicht gerechtfertigt“.

Corinne Moser hätte sich natürlich ein anderes Resultat gewünscht, doch gibt sie sich auch so zufrieden: „Wenigstens hat die Regierung nun festgesetzt, dass jedes Bundesamt innerhalb der eigenen Budgetvorgaben selbst entscheiden darf, Myclimate-Billete zu erstehen.“

Das Bundesamt für Energie hat sich bereits festgelegt: Seine Mitarbeiter werden auf die Möglichkeit von Myclimate aufmerksam gemacht. Wollen sie jedoch „ökologisch sauber“ reisen, müssen sie den Myclimate-Zusatz aus der eigenen Tasche bezahlen.

*Näheres zum Verein Myclimate kann man unter [www.myclimate.org](http://www.myclimate.org) erfahren.*

## 6. ÖLPREISENTWICKLUNG

### *„Eine signifikante Senkung der Rohölpreise wird es nicht mehr geben“*

[Interview von Jörg Michel, Berliner Zeitung, 6.9.2005] Klaus Töpfer, Chef der Umweltbehörde der Vereinten Nationen, über Naturkatastrophen, Klimaschutz und den weltweiten Hunger nach Energie

**Herr Töpfer, waren die jüngsten Naturkatastrophen in den USA und in den Alpen erste Vorboten des weltweiten Klimawandels?**

Man kann nicht in jedem Einzelfall einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen einer Naturkatastrophe und dem Klimawandel herstellen. Forscher weisen uns aber schon seit langem darauf hin, dass die Erderwärmung zu mehr Wetterextremen führen wird. Das sehen wir jetzt. Genauso wird in der Wissenschaft seit Jahren vor einem Abschmelzen des Polareises gewarnt. Auch dies geschieht. Klimawandel ist keine Prognose für die Zukunft. Wir stecken mittendrin.

**Was muss international getan werden, damit derartige Katastrophen nicht weiter zunehmen?**

Zunächst müssen wir die Verursacher des Klimawandels bekämpfen. Der Anstieg von Klimagasen wie Kohlendioxid in der Erdatmosphäre muss gestoppt werden. Wir brauchen also eine weltweite Energiestruktur, die weniger auf fossile Brennstoffe wie Öl oder Kohle, sondern auf kohlenstofffreie Träger wie erneuerbare Energien setzt. Außerdem brauchen wir eine viel effizientere und sparsamere Nutzung von Energie in allen Verwendungsbereichen, besonders bei der Mobilität, mit sparsameren Autos und neuen Treibstoffen. Nicht nur die Umwelt, sondern auch die Wirtschaft wird davon profitieren. Denn das senkt langfristig die Energiekosten und verringert die Abhängigkeit vom Rohstoff Erdöl, von Kohle und Gas.

**Wie kann man die Amerikaner, die größten Verursacher von Treibhausgasen, besser in den Kampf gegen den Klimawandel einbinden?**

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die USA die rechtlich verbindlichen Klimaschutzziele im Kioto-Protokoll nicht akzeptieren wollen. Ich bedauere das. Dennoch wird auch in den Vereinigten Staaten an einer Verminderung von Treibhausgasen gearbeitet. Einzelne Bundesstaaten wie Kalifornien tun heute schon viel für den Klimaschutz. Außerdem haben sich 150 amerikanische Kommunen zu Initiativen zusammengeschlossen, zum Beispiel um erneuerbare Energien voranzubringen. Die USA sind keine klimapolitische Wüste. Es fehlt aber leider an der Verbindlichkeit von Klimazielen.

**Die Amerikaner haben mit Australien, Indien und China eine neue Klima-Allianz geschmiedet und setzen dabei vor allem auf neue Technologien. Was halten Sie davon?**

Alle Schritte, die dazu beitragen, fossile Energien zu vermeiden und Energie mit höheren Wirkungsgraden zu nutzen, sind positiv. Dazu müssen auch neue Technologien und ihre umfassende Nutzung entscheidend beitragen. Insbesondere dann, wenn diese neuen Technologien auch den schnell wachsenden Schwellenländern, die einen enormen Energiebedarf haben, zu Gute kommen. Das will diese Initiative leisten. Aber die Allianz hat eben keine rechtlich verbindlichen Regeln vereinbart. Deswegen kann sie auch kein Ersatz für das Kioto-Protokoll sein. Es ist eine Ergänzung, die hoffentlich konkrete Fortschritte bringt.

**Sind neue kohlendioxidarme Kernkraftwerke ein sinnvoller Ausweg zur Bekämpfung des Klimawandels?**

Die energiepolitische Diskussion über den Stellenwert der Kernenergie ist weltweit sehr umfassend. Dabei werden auch neue Technologiekonzepte intensiv verfolgt.

**Es ist doch auffällig, dass rund um den Globus neue Kernkraftwerke gebaut werden.**

Das ist sicher der Fall. Konkrete Entscheidungen für die verstärkte friedliche Nutzung der Kernenergie gibt es in zahlreichen Ländern, auch in den Entwicklungsländern. Das macht zwingend erforderlich, sich mit der Frage der Sicherheit der Kraftwerke sowie der Entsorgungsproblematik zu beschäftigen und der Gefahr einer militärischen Nutzung, also der Proliferation, entschieden

entgegenzutreten.

### **Erwarten Sie nach den Rekordpreisen für Erdöl irgendwann noch einmal sinkende Notierungen?**

Es ist immer schwierig, über Preise auf den Weltmärkten zu spekulieren. Das hängt von vielen Rahmenbedingungen ab. Die dramatischen Entwicklungen in der Gegend des Golfs von Mexiko haben sicher einen erheblichen Einfluss auf die Ölpreise. Eine solche Entwicklung kann sehr schnell eskalieren. Eines aber ist klar: Eine signifikante Senkung der Rohölpreise wird es nicht mehr geben. Dafür ist die Nachfrage auf den Weltmärkten viel zu groß. China zum Beispiel ist geradezu hungrig nach Öl. Da gibt es nur einen Ausweg: Wir müssen unabhängiger vom Öl werden - das ist wirtschaftlich und umweltbezogen betrachtet eine zentrale Herausforderung.

### **Wie kann die Abhängigkeit vom Öl denn reduziert werden?**

Indem man andere Energien und energiesparende Technologien und Verhaltensweisen fördert. Wir brauchen einen differenzierteren Energiemix mit einem wachsenden Anteil von erneuerbaren Energien und mit moderneren und effizienteren Kraftwerken.

### **Wie kann Deutschland auf nationaler Ebene stärker im Kampf um den Klimawandel beitragen?**

Deutschland muss sich wie alle anderen europäischen Länder anstrengen, die im Kioto-Protokoll vereinbarten Klimaziele zu erreichen. Kohlenstoffarme Energien müssen ausgebaut werden. Wir müssen auf Energiesparen setzen. Die Wärmedämmung muss verbessert werden. Kraftfahrzeuge müssen sparsamer werden. Das ist alles kein Selbstläufer. Man muss ferner die Entwicklungs- und Schwellenländer beim Einsatz dieser neuer Technologien unterstützen. Das wird in Deutschland übrigens zu vielen neuen Arbeitsplätzen führen. Umwelt und Wirtschaftswachstum sind kein Gegensatz. Umweltpolitiker und Wissenschaftler haben immer auf die Gefahren des Klimawandels hingewiesen. Jetzt wird der dramatische Zwang zum Handeln jedem sichtbar. Wir sollten nicht bis zu den nächsten Katastrophen warten.

### **Energiekosten: - Spekulanten treiben Ölpreis**

[Die Presse, 29.8.2005] Die Rekordpreise beim Öl sind Experten zufolge nicht unbedingt durch Versorgungsengpässe begründet. Eine Studie der Investmentgesellschaft Merrill Lynch zeigt, dass der Anstieg zu einem größeren Teil als bisher angenommen auf dem Wirken von Spekulanten und Hedgefonds beruht. Demnach hat der verstärkte Handel mit Öl-Kontrakten dazu geführt, dass der Preis für das schwarze Gold heute 15 bis 20 Dollar höher ist, als er von der Marktsituation her sein sollte.

„Öl ist ausreichend vorhanden, es herrscht sogar ein Überangebot“, sagt der Hauptgeschäftsführer des deutschen Mineralölwirtschaftsverbandes, Klaus Picard, zu „Focus“. „Die Spekulanten treiben den Preis nach oben, die Konzerne streichen Rekordgewinne ein, und der Autofahrer zahlt die Zeche“, wettet der ADAC-Experte Jürgen Albrecht.

Auch EU-Energiekommissar Andris Piebalgs rechnet mit dauerhaft hohen Erdöl-Preisen. Als Hauptgrund für den Anstieg der Preise nennt er die Unsicherheit über die Nachfrage nach Rohöl. Vorerst dürfte der Ressortchef für Energiefragen in der Europäischen Kommission mit seiner Prognose Recht behalten. Denn nach dem Rekordstand von knapp 68 Dollar am vergangenen Donnerstag, 25.8.2005, könnte der Hurrikan Katrina für einen weiteren Anstieg des Ölpreises sorgen. Dies meinen 30 von 59 von Bloomberg befragte Analysten. Katrina bedroht die mexikanischen Ölfelder im Golf von Mexiko.

Der deutsche Umweltminister Jürgen Trittin (Grüne) hat angesichts des teuren Öls die Autoindustrie aufgefordert, weitere Anstrengungen zur Senkung des Spritverbrauchs zu unternehmen. Den Verbrauchern riet der Grüne Politiker in der „Bild“-Zeitung, Autos mit sparsamen Motoren zu fahren sowie öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen. Trittin sagt, man müsse die Abhängigkeit vom Öl vermindern - durch den Umstieg auf sparsamere Autos, durch alternative Antriebe und durch die Förderung von Bio-Treibstoffen.

Die Ökosteuer sei jedenfalls nicht der Auslöser für die hohen Treibstoffpreise, so Trittin. Nach

der letzten Erhöhung der Ökosteuer Anfang 2003 habe der Liter Super rund einen Euro gekostet. Jetzt stehe er bei 1,25 Euro. Im aktuellen Wahlprogramm sprechen sich die Grünen ausdrücklich gegen weitere Ökosteuer-Erhöhungen aus.

### ***DIW-Expertin Claudia Kemfert sieht noch keine Ölkrise***

*[Interview von Joachim Wille, Frankfurter Rundschau, 2.9.2005]* Claudia Kemfert rät den Besitzern von Heizöltanks zur Geduld. Die Chance, dass die Preise wieder sinken, sei da. Die Ökonomie-Professorin ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Zudem lehrt sie an der Humboldt Universität. Forschungsschwerpunkte unter anderem: Strategien in der Klimapolitik und Management von zukunftsweisenden Technologien.

**Frankfurter Rundschau: Frau Professorin Kemfert, die Folgen des Hurrikans Katrina wecken die Angst vor einer neuen Ölkrise. Kann es so kommen?**

**Claudia Kemfert:** Von einer Ölkrise würde ich noch nicht sprechen. Es handelt sich aber um einen echten Engpass in der Ölversorgung, der die Preise treibt. Ein Viertel der US-Raffineriekapazität ist ausgefallen, und die Anlagen in Europa können das nicht auszugleichen. Präsident Bush hat einen Teil der nationalen Ölreserven freigegeben, das entspannt die Lage etwas. Die entscheidende Frage ist aber: Wann kommen die amerikanischen Raffinerien wieder ans Laufen?

**Wie werden die Folgen von Katrina für die US-Wirtschaft sein?**

Die Kosten des Wiederaufbaus oder einer Teilumsiedelung werden das Wachstum spürbar drücken, ebenso der höhere Ölpreis. Ein Effekt wie 1994 nach dem Erdbeben in Kalifornien, als der Wiederaufbau sogar einen regionalen Boom auslöste, erwarte ich nicht. Es ist fraglich, ob man New Orleans überhaupt wieder so errichten kann, wie es war. Der Ort ist wegen der Lage stark gefährdet, und die Gefahr wird ja noch größer, weil die Zerstörungskraft der Hurrikane - Stichwort Klimawandel - zunimmt.

**Der Ölpreis drückt weltweit auf die Konjunktur. Wird das ohnehin schwache Wachstum in Deutschland zurückgehen?**

Das erwarte ich nicht. Die bisherigen Ölpreiserhöhungen hat die Wirtschaft erstaunlich gut weggesteckt, und da wir mittelfristig wieder sinkende Preise erwarten, dürfte das Wachstum darunter nicht leiden.

**Die Sprit- und Heizölpreise sind nach Katrina weltweit drastisch angestiegen, Superbenzin zum Beispiel in Deutschland auf einen Schlag um acht Cent pro Liter. Wird die Aufwärtstendenz bleiben?**

Auch vor Katrina war klar, dass der Kraftstoff in den nächsten Wochen noch teurer werden würde. Der Hurrikan hat das noch beschleunigt. Allerdings erwarte ich, dass die Lage sich bis zum Herbst wieder etwas entspannt.

**Manche Experten orakeln, dass der Rohölpreis von jetzt rund 70 auf bis zu 100 Dollar pro Barrel ansteigt.**

Das kann man nicht ganz ausschließen. Eigentlich gibt es auf dem Weltmarkt genug Öl. 50 Dollar wären ein realistischer Preis, aber er liegt schon bei 70. Die Ölspekulanten haben einen Risikozuschlag von 20 Dollar herausgeholt, und es kann passieren, dass die den Preis auch noch auf 100 bringen.

**Wie teuer wäre das Benzin dann?**

Dann kämen wir deutlich über 1,60 Euro pro Liter. Schon jetzt, bei 1,30, geht der Kraftstoffverbrauch zurück, in diesem Jahr beim Benzin um fünf Prozent, beim Diesel um 1,5.

**Die Leute werden nach Alternativen schauen. Aber die Bahn wird auch teurer.**

Die Politik muss dringend Signale setzen, wie sie vom Öl wegkommen will. Denn das müssen wir langfristig ohnehin. Stichwort: sparsamere Autos, alternative Kraftstoffe, Förderung von Bus und Bahn. Aber der Bürger kann auch etwas tun: auf spritsparende Autos umsteigen, sparsam fahren, Fahrgemeinschaften bilden.

**Raten sie den Heizölkäufern, ihre Tanks jetzt wieder voll zu machen?**

Wer noch nicht ganz auf dem Trockenen sitzt, sollte trotz Katrina lieber noch ein paar Wochen abwarten. Im Moment ist der Preis, wie gesagt,

spekulativ überhitzt. Die Chance, dass etwas mehr Realismus einzieht, ist größer als die Gefahr, dass die Spekulanten noch mehr aufdrehen.

### **Kann der Staat denn etwas tun, um die Folgen des Ölpreisschocks zu mildern?**

Wenn es ganz hart kommt und eine Rezession droht, kann er, wie in den USA, einen Teil der Reserven freigeben und dann die Energiesteuern senken. So weit sind wir aber noch lange nicht. Vorher sollte er für mehr Transparenz im Ölmarkt sorgen. Die Öffentlichkeit müsste erfahren: Wie groß ist das Angebot von Öl wirklich, wie groß sind die einzelnen Reserven und wie die Nachfrage?

### **Die FDP sagt: Ökosteuer abschaffen.**

Das ist Unsinn. Die Ökosteuer macht zwar zehn Prozent des Spritpreises aus, aber das Aufkommen fließt in die Rentenkassen. Ohne sie müssten die Rentenbeiträge steigen. Das wäre volkswirtschaftlich ein großer Schaden.

### ***Teures Öl, armer Eichel***

[Ulrike Herrmann, taz, 6.9.2005] Wenn die Benzinpreise steigen, bedeutet das nicht, dass der Staat mehr Steuern einnimmt. Im Gegenteil.

Die Ökosteuer soll um 3 Cent pro Liter Benzin sinken, damit das Tanken wieder billiger wird. Das fordert Angela Merkel, seit die Spritpreise letzte Woche neue Höchststände erreichten.

Ihre Rechnung: 3 Cent weniger Ökosteuer würden in der Rentenkasse gar keine Löcher reißen - dienten sie doch gegenwärtig dazu, die erneuerbaren Energien zu fördern. Zudem hat die Union den Staat als raffgierigen Profiteur ausgemacht: Durch die explodierenden Benzinpreise würden anteilig auch die Umsatzsteuern steigen. Diese Zusatzeinnahmen müssten umgehend an die Bürger zurückgegeben werden.

Welche Zusatzeinnahmen? fragen Grüne und SPD zurück. In ihrer Welt ist es genau umgekehrt: Steigende Benzinpreise führen zu sinkenden Steuerflüssen. Das Bundesfinanzministerium hat es akribisch aufgelistet. So werde die Mineralölsteuer als „fester Steuersatz je Liter“ erhoben. Beim Benzin sind es momentan 65,4 Cent, bei Diesel 47 Cent. Auch wenn die Preise an

den Zapfsäulen steigen, bleibt der Anteil pro Liter für den Fiskus also gleich.

Besonders bedauerlich für den Finanzminister: Sobald der Liter Benzin teurer wird, sinkt der Verbrauch. So gaben in einer aktuellen Polis-Umfrage 16 Prozent der Autofahrer an, dass sie ihren Wagen nur noch beruflich nutzen. 47 Prozent sagten, sie nutzten das Auto weniger. Und 63 Prozent erklärten, sie tankten so billig wie möglich.

Der Trend zur Sparsamkeit hält schon länger an: So musste das Finanzministerium feststellen, dass die Mineralölsteuer 2005 in den ersten acht Monaten 3,9 Prozent weniger eingebracht hat also noch vor einem Jahr. Und dabei war auch 2004 kein gutes Jahr für den Finanzminister: Wie das Statistische Bundesamt abschließend ermittelte, summierte sich die Mineralölsteuer damals auf 41,8 Milliarden Euro - 1,4 Milliarden Euro weniger als 2003.

Was an Mineralölsteuer wegbricht, kann auch durch die Mehrwertsteuer nicht aufgefangen werden. Sie wird zwar preisabhängig erhoben - sollte der Liter Benzin demnächst tatsächlich 1,50 Euro kosten, würde der Staat 21 Cent als Umsatzsteuer kassieren. Doch dieses Plus dürfte durch ein Minus anderswo kompensiert werden, sparen doch viele Bürger die Zusatzkosten fürs Benzin wieder ein, indem sie etwa seltener ins Restaurant gehen. Erkenntnis des Finanzministeriums: „Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden.“

Doch jenseits dieser technischen Daten zweifeln Grüne und SPD auch an der Grundlogik des Unionsvorschlags. Selbst wenn die Benzinsteuern sinken würden - die Preise könnten trotzdem steigen. Immer wieder rechnen die Regierungsparteien vor, dass sie die Mineralölsteuer letztmals am 1. Januar 2003 angehoben haben; damals kostete der Liter Benzin 1,10 Euro. Aktueller Preistreiber aus Kabinettsicht: die Mineralölindustrie.

Auch eine kleine Retourkutsche Richtung Union kann sich die Koalition nicht verkneifen. Am 5.9.2005 ließ sie ein Papier zirkulieren, das an alle Erhöhungen der Mineralölsteuer seit 1988 erinnerte. Conclusio: Die Regierung Kohl ließ die Mineralölsteuer um insgesamt 25,56 Cent steigen, Rot-Grün nur um 15,33 Cent.



Allerdings beginnt man nun auch im Regierungslager zu zweifeln, ob es eine gute Idee war, die eigene Erhöhung der Mineralölsteuer in eine „Ökosteuer“ umzutaufen. „Das ist ein rein politischer Begriff“, stöhnt man in der SPD-Fraktion, der sich nun gut als Schimpfwort eignet. Dazu führte auch ein Managementfehler der Schröder-Regierung: Sie ließ die Ökosteuer stets zum 1. Januar steigen - wenn die Nachrichten fehlten und der Ölpreis winterbedingt sowieso anzog. Da waren mediale Benzinwut-Kampagnen vorprogrammiert.

Kanzler Schröder gab schließlich nach. Legendär, wie er im Herbst 2000 die Entfernungspauschale aufstockte. Wenig später sah er ein wenig dämlich aus - der Benzinpreis fiel auf ungeahnte Tiefststände. Diese Erfahrung der Ad-hoc-Fehlsteuerung könnte Angela Merkel wiederholen, falls sie als Kanzlerin an der Mineralölsteuer dreht. Denn auch diesmal rechnen Ölexperten damit, dass Tanken sowieso wieder billiger wird: Klaus Matthies vom Hamburger Wirtschaftsforschungsinstitut HWWA erwartet im nächsten Jahr Preise „deutlich unter 60 Dollar pro Barrel“. Der Ölpreis ist bereits von 70 auf rund 65 Dollar gesunken.

### **Verbrauchern fehlen Milliarden**

[ntv.de, 2.9.2005] Die Benzinpreisexplosion hat ein Milliardenloch in die Haushaltskassen der Autofahrer gerissen. Nach Berechnungen des Verbandes der Automobilindustrie fehlen den Autofahrern in Deutschland durch die Verteuerung von Benzin und Diesel in den ersten acht Monaten des Jahres insgesamt rund vier Mrd. Euro. Dieses Geld gehe dem Konsum verloren, betonte der Präsident des Verbandes, Bernd Gottschalk, in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“.

Die Ökosteuer habe zudem das Problem verschärft. Die Idee von Rot-Grün, Energie zu verteuern und Arbeit billiger zu machen, habe „fatale Wirkung“ gezeigt. Die Energiekosten seien so hoch wie nie, ohne dass die Arbeitskosten gesunken seien, meinte Gottschalk. Selbst die Einnahmen des Finanzministers seien wegen des Tanktourismus rückläufig. „Wer in das Marktgeschehen eingreift, spielt mit dem Feuer; Konjunktur und Wachstum nehmen Schaden“, warnte Gottschalk.

In zwei Preisrunden hatten die Mineralölkonzerne in den letzten zwei Tagen die Benzinpreise hochgesetzt. Im bundesweiten Durchschnitt kostet Superbenzin an Markentankstellen etwa 1,42 Euro je Liter und Diesel 1,18 Euro je Liter.

### **Autoindustrie tut alles – oder?**

Die deutschen Automobilhersteller tun nach Angaben des Verbandspräsidenten alles, um die Autofahrer zu entlasten. So sei der durchschnittliche Verbrauch der Neufahrzeuge seit 1990 um zwei auf 6,8 Liter gesunken, so Gottschalk. Von den 2004 neu zugelassenen Pkw benötigten sogar fast 40 Prozent weniger als 6 Liter - 1996 seien das nur acht Prozent gewesen. Zudem investiere die Industrie in alternative Antriebe mit dem Ziel, weniger fossile Energie einzusetzen.

Nach Ansicht von Umweltminister Jürgen Trittin muss die Autoindustrie jedoch noch ihre Hausaufgaben machen. In der „Berliner Zeitung“ forderte der Grünen-Politiker die Auto-Industrie auf, angesichts der immer weiter steigenden Spritpreise sparsamere Modelle zu bauen. Noch immer verbrauchten Neuwagen im Durchschnitt 6,8 Liter je hundert Kilometer, bemängelte Trittin. Von ihrer Zusage, den Durchschnittsverbrauch bis 2008 auf 5,5 Liter Benzin oder fünf Liter Diesel zu senken, sei die Industrie weit entfernt.

### **Schweiz führt „Klimarappen“ auf Benzin und Diesel ein**

[dpa, 30.8.2005] Die Schweiz führt ab 1. Oktober einen ökologischen Zuschlag auf Benzin und Diesel ein. Eine entsprechende Vereinbarung für den „Klimarappen“ wurde am Dienstag, 30.8.2005, in Bern von Verkehrsminister Moritz Leuenberger und Vertretern der Schweizer Wirtschaft unterschrieben. Der Abgabesatz wird auf 1,5 Rappen (knapp ein Cent) pro Liter Treibstoff festgelegt. Pro Jahr sollen so 100 Millionen Franken (64,5 Mio. Euro) eingenommen und zur Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes eingesetzt werden. Dafür verantwortlich ist die Stiftung „Klimarappen“, die unter anderem aus Vertretern der Erdöl-Vereinigung und der Wirtschaftsvereinigung economiesuisse besteht.

Hintergrund der Maßnahmen ist das Kioto-

Protokoll: Jedes Unterzeichnerland muss bis 2010 den CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Vergleich zum Jahr 1990 um zehn Prozent senken. Die Stiftung muss dafür sorgen, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 2008 bis 2012 pro Jahr um 1,8 Millionen Tonnen reduziert wird. Erreicht die Stiftung die Ziele nicht, kann die Schweizer Regierung eine CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Treibstoffen einführen.

Eine solche Lenkungsabgabe wäre dann sehr viel höher als die 1,5 Rappen pro Liter.

### ***Menschen fahren weniger Auto***

[*Der Spiegel*, 4.7.2005] Spiegel-Umfrage: „Lassen Sie Ihr Auto wegen des hohen Benzinpreises in letzter Zeit häufiger stehen?“ Ja: 40 Prozent, Nein: 44 Prozent

### ***Clement verschenkt Sprit-Cent***

[*Impulse*, August 2005] In seinen letzten Tagen als Bundeswirtschaftsminister plant ausgerechnet Wolfgang Clement die Einführung einer gänzlich neuen Subvention. Die zudem in einem Europa ohne Grenzen besonders absurd wirkt: Clement will die Tanktouristen stoppen – damit gemeint sind jene Autofahrer, die im Grenzgebiet wohnen und lieber in Polen, Frankreich oder Österreich tanken, weil dort die Spritpreise günstiger sind. Sie sollen eine Chipkarte bekommen, mit der sie den Liter Benzin um einen Cent billiger kaufen können – wenn sie denn in Deutschland tanken. Clement hofft, auf diese Weise Steuergelder von geschätzten 1,5 Milliarden Euro zurück ins Land zu holen, die durch den Tanktourismus derzeit ins Ausland fließen. Bei Preisunterschieden bis zu 20 Cent pro Liter zwischen deutschen und ausländischem Sprit dürfte der Rückhol-Effekt indes arg mager ausfallen. Zumal die Verteilung und Kontrolle der Chips reichlich neuen Bürokratie entstehen ließe. Dessen ungeachtet gibt es auch erste CDU-Politiker, die das Subventionsmodell befürworten. „Ich könnte mir Clements Modell auch unter einer CDU-geführten Regierung vorstellen“, bestätigt Michael Kretschmer, Generalsekretär der sächsischen CDU

## **7. KLIMAWANDEL UND UMWELTKATASTROPHEN**

### ***Stürmischer Klimawandel***

[*Philip Wolff*, *Süddeutsche Zeitung*, 30.8.2005] Die katastrophale Kraft des Hurrikans „Katrina“ lässt Meteorologen zu Superlativen greifen: Einer „der gewaltigsten Hurrikane mit noch nie da gewesener Stärke“. Und Fachleute prophezeien, dass wegen der Erderwärmung die Stärke der Wirbelwinde zunehmen wird.

Für gewöhnlich sind Meteorologen sparsam mit wortgewaltigen Formulierungen. Doch die katastrophale Kraft des Hurrikans „Katrina“ ließ sie zu Superlativen greifen.

Noch ehe die ersten Sturm-Ausläufer die Küste überhaupt erreicht hatten, sprach der Nationale Wetterdienst von New Orleans bereits von einem „der gewaltigsten Hurrikane mit noch nie da gewesener Stärke“.

Für Klimaforscher, die in größeren Zeitzusammenhängen denken, kommt diese Entwicklung hingegen nicht überraschend.

Schon „Katrinas“ Vorgänger „Ivan“ hatte im vergangenen Jahr mit maximalen Windstärken um die 250 Stundenkilometer eine ähnliche Kraft erreicht; auch er war zeitweise mit der höchsten Stufe 5 durch die Karibik gefegt. „Katrina“ gilt unter Experten nur als weiterer Beleg dafür, dass Stärke und Dauer der tropischen Wirbelstürme künftig zunehmen.

Der Superlativ ist noch nicht erreicht, meldet etwa der renommierte Hurrikan-Forscher Kerry Emanuel vom Massachusetts Institute of Technology.

Temperatur und Windstärke wachsen parallel

In seiner neuesten Studie hat er erstmals die Windgeschwindigkeiten sämtlicher Hurrikane seit 1950 ausgewertet, die von Flugzeugen, Sonden und Satelliten aufgezeichnet wurden. Er errechnete aus den Zahlen je einen Jahreswert und verglich die entstandene Kurve mit der Klimaerwärmung.

Sein Ergebnis: Temperatur- und Windstärkekurven laufen parallel und zeigen eine steigende Tendenz, die exakt den Treibhauseffekt

widerspiegelt. Um 0,5 Grad Celsius hat sich demnach das Oberflächenwasser im tropischen Atlantik seit den siebziger Jahren erwärmt. „Schreitet diese menschengemachte Erwärmung fort, müssen wir in Zukunft mit entsprechend heftigeren Stürmen rechnen“, sagt er.

Warme Meeresoberflächen nämlich sind die Geburtsstätten der Stürme - auch im Nordpazifik und in Südostasien, wo die Wirbelwinde Taifune genannt werden. Auch dort werde die Sturmstärke dank steigender Wassertemperaturen zunehmen, sagt der Klimaforscher.

Denn je wärmer das Wasser, desto mehr feuchtwarme Luft steigt auf und hinterlässt große Unterdruck-Gebiete über dem Meer, die aus allen Richtungen Luft ansaugen. Kraft und Ausdauer der so entstehenden Stürme hängen also unmittelbar von der Wärme des Meerwassers ab.

Mit Emanuels Studie sehen auch deutsche Forscher wie Michael Botzet vom Hamburger Max-Planck-Institut für Meteorologie es erstmals als belegt an, dass offenbar der Klimawandel die Kraft der Hurrikane wachsen lässt.

In früheren Studien hatten Forscher versucht, allein die Häufigkeit der Wirbelwinde mit der steigenden Temperatur zu erklären. Doch ihre Ergebnisse waren angreifbar. Schließlich hatten sich schon immer sturmstarke und -schwache Jahrzehnte natürlich abgewechselt

Motor dieses Rhythmus ist die thermohaline Zirkulation, eine globale Strömungsschleife in den Ozeanen, ausgelöst durch Salzgehalt- und Temperaturunterschiede des Meerwassers. Sie sorgt alle 30 Jahre für eine Erwärmung der Oberfläche im tropischen Atlantik.

#### **40 Meter hohe Wellen**

Doch gilt diese Theorie mittlerweile als zweitrangig - zumal tatsächlich in jüngster Zeit historische Sturm-Rekorde purzeln: So hatte „Ivan“ im September 2004 die höchsten je gemessenen Meereswellen aufgepeitscht. Fast 28 Meter über den Normalwasserstand türmte er manche Wasserwand, wie Sonden am Meeresgrund im Golf von Mexiko meldeten. In der Nähe der Sturmwand dürfte sich das Wasser sogar bis zu 40 Meter hoch aufgebäumt haben, schätzt der Ozeanologe David Wang vom Meeresforschungslabor der Nasa in Mississippi.

„Katrina“, die noch ein wenig kräftiger ist als „Ivan“, lässt nun auch die Ozeanologen neue Rekord-Ergebnisse erwarten.

#### **„Wir haben es noch in der Hand“**

[Interview von Joachim Wille, Frankfurter Rundschau, 3.9.2005] Klimaforscher Mojib Latif hofft, dass mit „Katrina“ auch in den USA ein Umdenken beim Klimaschutz einsetzt.

**Frankfurter Rundschau: Herr Latif, die Hurrikan-Saison hat dieses Jahr in den USA mit „Dennis“ sehr früh begonnen, bereits Anfang Juli. „Katrina“ ist nun extrem stark. Ist der Eindruck richtig, dass sich die Wirbelstürme häufen?**

**Mojib Latif:** Es gibt diese Zunahme seit Anfang der 90er Jahre. Allerdings kann man daraus keine generelle Tendenz ablesen. Eine ähnliche Phase mit überdurchschnittlich vielen Wirbelstürme gab es auch schon Mitte des 20. Jahrhunderts.

**Also kein Hinweis darauf, dass der menschengemachte Treibhauseffekt das Klimageschehen verändert?**

Der Eindruck, dass die Schäden größer werden, trifft zu. Eine jüngst von US-Forschern veröffentlichte Studie zeigt, dass zwar nicht die Anzahl, aber die Zerstörungskraft der Hurrikane seit etwa 1930 zugenommen hat. Die Stürme leben länger und sind heftiger geworden. Hinzu kommt: Die Bebauung der betroffenen Gebiete ist dichter geworden. Es leben mehr Menschen dort, und die Werte, die zerstört werden, sind größer.

**„Katrina“ passt ins Bild?**

Der aktuelle Hurrikan ist mit der doppelten Fläche Deutschlands nicht außergewöhnlich groß, aber die Windgeschwindigkeiten waren mit bis zu 300 Stundenkilometer extrem. Er wurde damit zunächst in die höchste von fünf Kategorien eingestuft.

**In Europa mit seiner Lage in den nördlichen Breiten treten Hurrikane zum Glück nicht auf. Doch auch hier gibt es Veränderungen im Klimaregime.**

Einzelne Wetterelemente werden intensiver. Es gibt mehr Tornados, mehr Starkniederschläge, also auch Überschwemmungen - wie jetzt wieder in Bayern. Jahrhundertereignisse sozusagen im

Zwei-Jahres-Takt.

### **Müssten die USA mehr für den Katastrophenschutz tun?**

Ganz offensichtlich. Wenn eine Großstadt wie New Orleans wegen einer drohenden Flutwelle evakuiert werden muss, ist nicht genug Vorsorge getroffen worden. Die vorhandenen Deiche hätten verstärkt und erhöht werden müssen. Es gibt zwar eine ganze Menge Schutzräume in der Stadt, aber die reichen für so viele Leute nicht aus.

### **Offenbar scheute man in New Orleans die Kosten der Deicherhöhung.**

Leider scheuen die Verantwortlichen oft, für Katastrophen vorzusorgen, die statistisch extrem selten sind. Hier wird man in New Orleans nun sicher umdenken. Es steht ja zu befürchten, dass das angebliche Jahrhundertereignis wegen der globalen Erwärmung häufiger vorkommt.

### **Ärmere Länder in der Karibik wie Haiti oder Mexiko sind den Gefahren weitaus schutzloser als die reichen USA ausgeliefert.**

Richtig. Dort gibt es kaum Evakuierungspläne, die Infrastruktur ist viel schlechter. Hier müsste die internationale Gemeinschaft mehr Unterstützung geben.

### **Auch die ökonomischen Folgen sind extrem, wenn ein Hurrikan eine Millionenstadt trifft.**

Der Wiederaufbau dürfte auch in einem reichen Land wie den USA von der betroffenen Region nicht alleine zu schultern sein. Klar: Washington ist hier gefordert.

### **Der Rohölpreis kletterte auf neue Rekordhöhen - wegen der Gefahren für Förderanlagen im Golf von Mexiko, von wo die USA ein Viertel ihres Öls beziehen.**

Das verweist auf das generelle Problem: Der Welt-Ölmarkt ist nervös, weil die Nachfrage zunehmend das Angebot überschreitet. Länder wie USA, China und Indien verbrauchen immer mehr Öl. So führen Probleme im Angebot, ob politische wie in Irak oder Naturkatastrophen zu Preis-Ausschlägen. Der Trend geht weiter nach oben.

### **All das spricht dafür, den Verbrauch fossiler Energien wie Öl und Kohle durch mehr Effizienz und erneuerbare Energien zu senken, um den Klimawandel zu bremsen.**

Die Menschheit entscheidet darüber, ob die globale Durchschnittstemperatur bis 2100 um „nur“ 1,5 Grad Celsius ansteigt oder sogar um fünf oder sechs Grad. Machen wir so weiter wie bisher, werden gewaltige Klimaveränderungen auf uns zu kommen. Wir haben es noch in der Hand, ob es so dramatisch wird oder nicht.

### **Gerade die USA blockieren bisher beim Klimaschutz. Nun soll ein freiwilliger Technologiepakt, dem auch Länder wie China und Indien beigetreten sind, die Wende bringen.**

Dieser Pakt ist nur eine faule Ausrede. Washington sieht den Druck der Öffentlichkeit und gibt vor, etwas zu tun. Ohne feste Ziele, wie sie das Kioto-Protokoll vorgibt, kommt der Klimaschutz nicht voran. Vielleicht beginnt mit „Katrina“ in den USA das Umdenken.

### ***DIW fürchtet Billionenschaden***

[*taz*, 9.9.2005] Nach Berechnungen von Wissenschaftlern könnten im Jahr 2050 jährlich 200 Billionen Dollar Schäden durch Naturkatastrophen entstehen, in Deutschland 800 Milliarden. Vor diesem Hintergrund forderten Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und Daniela Jacob vom Max-Planck-Institut gestern, durch erneuerbare Energien bis zum Jahr 2020 rund 270 Millionen Tonnen Kohlendioxid einzusparen. Das sei auch wirtschaftlich sinnvoll: Der Hurrikan "Katrina" hat dem DIW zufolge das US-Wachstum um 0,4 Prozentpunkte reduziert und 200 Milliarden Dollar gekostet.

### ***„Wir leben bereits im Klimawandel“***

[*Süddeutsche Zeitung*, 25.8.2005] Sowohl der Präsident des Umweltbundesamtes, Andreas Troge, als auch der Leiter des UN-Umweltprogramms, Klaus Töpfer, machen den Klimawandel mitverantwortlich für das Hochwasser in den Alpen.

„Höhere Temperaturen bedeuten höhere Luftfeuchtigkeit und häufigeren, starken Regen, was Klimaforscher seit mehr als einem Jahrzehnt vorausgesagt haben“, sagte Troge der *Berliner Zeitung* am 25.8.2005.

Als Konsequenz forderte Troge „anspruchsvolle

weltweite Klimaschutzziele“. Troge rief außerdem die Bundesländer dazu auf, „jetzt zügig Hochwasservorsorge zu betreiben und so Klimafolgen einzudämmen“.

Wer im Trockenen bleiben wolle, dürfe in Überschwemmungsgebieten zukünftig nicht mehr bauen, verlangte Troge.

### **Töpfer fordert eine Doppelstrategie**

Der Leiter des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, Klaus Töpfer, sagte der *Financial Times Deutschland* (Donnerstag, 25.8.): „Wir leben bereits im Klimawandel. Die weltweite Zunahme von Starkregen, Dürren und Stürmen deutet darauf hin, dass sich der Treibhauseffekt bereits auswirkt. Die Gletscher schmelzen, die Polkappen gehen zurück, Wetterextreme häufen sich. Wir sehen im Moment genau das, was die Wissenschaft als Folge des Treibhauseffekts prognostiziert.“

Nur eine Doppelstrategie werde helfen, die Schäden des Treibhauseffekts möglichst gering zu halten: „Wir müssen dringend den Kohlendioxid-Ausstoß unserer Wirtschaft senken. Gleichzeitig geht kein Weg daran vorbei, unsere Infrastruktur und unserem Umgang mit Wasser an das geänderte Klima anzupassen“, sagte Töpfer.

Für Deutschland forderte Töpfer, die Wasserrückhaltefähigkeit in den Oberläufen der Flüsse zu verbessern. „Das heißt Aufforstung, Freihalten von Überschwemmungsgebieten, Verzicht auf Flussbegradigungen und Erhalt von Feuchtgebieten.“ Deutschland habe hier wie andere europäische Länder bisher nicht genug getan.

Töpfer wandte sich in dem Interview auch gegen die Forderung des Bundesverbands der Deutschen Industrie, vom Kioto-Protokoll abzuweichen. „Die im Kioto-Protokoll vorgesehene Senkung der Kohlenstoff-Intensität ist keine große Herausforderung, sondern eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit.“

### ***Neun mehr für die Rettung der Welt***

[Susanne Götze, taz, 29.8.2005] Weitere US-Bundesstaaten schließen ein Klimaschutzabkommen. Damit sind sie nicht allein: Seit Jahren starten Gemeinden und Städte lokale Programme zur Reduktion der

Treibhausgase. Vielen Umweltschützern ist das aber noch zu wenig

George Bush wird zum letzten Mohikaner in Sachen Klimaschutz. Einsam kämpft er nicht nur gegen den „Wind of Change“ in der globalen Klimapolitik. Auch in seinem eigenen Land - das als weltweit größter Treibhausgasproduzent gilt - erkennen Politiker und Unternehmen die Zeichen der Zeit und starten mit CO<sub>2</sub> Sparmaßnahmen.

Neun Bundesstaaten - darunter Connecticut, Delaware und Massachusetts - haben sich jetzt unter der Führung von New York für ein Klimaschutzabkommen zusammengeschlossen. Noch ist das Papier nicht verabschiedet aber ein veröffentlichtes Memo dokumentiert, dass die Emissionen der betroffenen Kraftwerke auf den aktuellen Stand eingefroren und bis 2020 um 10 Prozent reduziert werden sollen. Dies entspräche den Reduktionsverpflichtungen des Kioto-Protokolls: 7 Prozent weltweit weniger Kohlendioxid im Jahr 2012 - bezogen auf 1990.

Die neun Bundesstaaten wollen die Reduktion etwa durch Förderung erneuerbarer Energien und den Emissionshandel erreichen. Nach endgültiger Absegnung des Abkommens soll es in den Bundesstaaten Gesetzeskraft bekommen und auf andere Bundesstaaten abfärben. Die Initiatoren hoffen, dass so der Druck aufs Weiße Haus wächst und schließlich ein nationales Klimaschutzgesetz entsteht.

Dabei geht es den Gouverneuren nicht nur um den Klimawandel. Viele Städte im Nordosten wie New York sind von saurem Regen betroffen, der maßgeblich durch Emissionen der Staaten im Mittleren Westen verursacht wird. Mehrere Nordoststaaten hatten sich deshalb vor Jahren schon einmal zusammengeschlossen, um gegen die Kohlekraftwerke der Weststaaten zu klagen. Doch auch der CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Nordostregion ist gewaltig: Er entspricht ungefähr dem Niveau von ganz Deutschland.

Kein Zufall, dass die Initiative der neun Bundesstaaten gerade jetzt entsteht: Zum wiederholten Male hatte US-Präsident George W. Bush auf dem G-8-Gipfel in Schottland den Beitritt zum Kioto-Protokoll ablehnt. Der Republikaner George Pataki, Gouverneur von New York, hatte Bushs Klima-Nichtpolitik zuletzt immer heftiger attackiert.

Vorbild der „Neun“ ist die „Western Governor's Association“ - 18 westliche Bundesstaaten hatten sich 1997 in einem Abkommen zu mehr Energieeffizienz und mehr Klimaschutz verpflichtet. Zu den Akteuren der „Western Governor's Association“ gehört auch Kaliforniens Gouverneur Arnold Schwarzenegger, der sich Anfang Juni das ehrgeizige Ziel gesetzt hat, mittels Stufenplan die Emissionen bis 2050 um 80 Prozent zu senken - unter das Niveau von 1990.

Vorbildhaft für die „Neun“ sind auch eine Reihe von Bürgermeister- und Städteinitiativen.

Zum Beispiel das Klimabündnis von 166 Bürgermeistern: Bis 2012 wollen sie den Ausstoß von Treibhausgasen Kioto-gemäß um 7 Prozent senken - ein eindeutiger Protest gegen die Bundespolitik von Präsident Bush. Amerikanische Umweltschützer sind dennoch unzufrieden. Auch mit der neuen Initiative: „Es ist gut, über Reduktionen zu verhandeln, trotzdem sind die gesteckten Ziele wenig ehrgeizig“, erklärte Robert Moore, geschäftsführender Direktor der „Anwälte der Umwelt“ der *New York Times*.

Natürlich: Bundesumweltminister Jürgen Trittin lobt solche Klimaschutzinitiativen. Wissenschaftler wie Friedemann Müller sehen die amerikanische Klimapolitik dagegen weiterhin skeptisch. Der Klimaexperte der Stiftung Wissenschaft und Politik: „Es ist fraglich, ob die US-Bundespolitik mit Einzelinitiativen umzusteuern ist.“ Viele der Klimakampagnen zielten eher auf Medienaufmerksamkeit und die Aufbesserung des politischen Images ab statt auf einen ernsthaften Umbau der Wirtschaft. Müller zweifelt deshalb an der Vision von „Klima-Kettenreaktionen“ in den USA. Auch wegen des kleinlichen Hin und Her in der Klimapolitik Europas. „Was wir brauchen, sind neue Technologien und Visionen einer ganz anderen Größenordnung.“

### ***Der Sturm der Ohnmacht***

[Kommentar von Bernhard Pötter, taz, 9.9.2005]

Die Jahrhundertaufgabe nach dem Jahrhundertsturm: Können die Umweltschützer in den USA eine neue Klimapolitik herbeiführen? Sie haben einen Verbündeten - den Schock

Angela Merkel erzählt gern eine Geschichte aus

ihrem früheren Leben als Bundesumweltministerin. Als sie den US-Kongress in Washington besuchte, wurde ihr die Abstimmungsliste der 100 Senatoren zum Kioto-Vertrag vorgelegt: 98-mal "No" zum Klimaschutzabkommen. "Und denken Sie nicht, dass zwei Senatoren dafür waren", bekam Merkel dann zu hören, "die waren bei der Abstimmung nur verhindert." Bei Merkels nächstem Besuch im Capitol werden zumindest die Senatoren aus Louisiana, Mississippi und Alabama mit solchen Äußerungen vorsichtiger sein.

Nach dem verheerenden Hurrikan "Katrina" fühlen sich viele Umweltschützer darin bestätigt, dass die klimapolitische Geisterfahrt der USA nun erste Resultate zeigt. "Selber schuld" lautet die Meinung, die mit klammheimlicher Freude den Klimawandel jetzt als Klimaopfer sieht. Andere hoffen auf einen radikalen Kurswechsel der USA bei der Klimapolitik unter dem Eindruck von Tod und Zerstörung. Wird "Katrina" zum "11. September" des Klimaschutzes?

Mit dem Problem hat sich schon vor Jahren das World Watch Institute befasst, einer der einflussreichsten Öko-Thinktanks der USA. Auf die Frage, ob der dringend notwendige drastische Kurswechsel in der Klima- und Umweltpolitik der USA überhaupt möglich sei, schrieben die Experten damals: Denkbar sei so etwas schon, etwa nach einer großen Naturkatastrophe. Schließlich habe sich auch niemand vor den Anschlägen vom 11. September 2001 träumen lassen, welche radikalen Veränderungen über die amerikanische Gesellschaft hereinbrachen. Gerade die konservativen Republikaner, die eine starke Zentralgewalt sehr skeptisch beäugen, die Eingriffe der Regierung in die Wirtschaft ablehnen und individuelle Freiheitsrechte verteidigen, gerade diese Partei konzentrierte eine nie gekannte innenpolitische Macht in Washington, pumpte Milliarden Steuergelder in die Wirtschaft und schränkte die bürgerlichen Freiheiten ein.

Die herrschende Meinung zum Klimawandel in den USA folgt drei Argumenten. Erstens: Einen Klimawandel gibt es nicht. Zweitens: Wenn es ihn gibt, dann nicht bei uns. Drittens: Auf keinen Fall werden wir etwas dagegen tun, weil es unserer Wirtschaft schadet.

Diese "Argumente" waren schon vor "Katrina" falsch. Jetzt lassen der Sturm und seine Folgen erahnen, wie teuer es für eine Volkswirtschaft und einzelne Unternehmen ohne Klimaschutz werden kann. Versicherungsgesellschaften und Rückversicherer schauen nervös auf die Schäden: Von 10.000 Toten und 100 Milliarden Dollar Schaden ist die Rede, im Fernsehen sehen wir einen zerstörten Landstrich, eine inkompetente Führung und hilflose Helfer.

Vordergründig wird das Desaster nicht dem Klimawandel angelastet, sondern der Flussbegradigung im Delta des Mississippi, dem unterfinanzierten Hochwasserschutz, dem Versagen der Rettungspläne und der Armut im Süden der USA. Das alles ist richtig, aber es ignoriert eine Tatsache: dass der Klimawandel zu all diesen Ursachen noch hinzukommt. Wenn die Feuchtgebiete fehlen, die Deiche marode und die Menschen dort arm sind, wird aus einem "Jahrhundertsturm" eine nationale Katastrophe. Deshalb ist "Katrina" nicht so sehr ein Beweis für die Realität des Klimawandels - sondern eher ein Blick in die Zukunft und ein Schlaglicht auf andere Gegenden auf dieser Welt.

Denn im nationalen Rahmen der USA zeigte "Katrina", was sonst global passiert: Der Klimawandel trifft die Armen am härtesten. Während die reichen Industriestaaten Deiche gegen die Flut bauen, melden die Inselstaaten "Land unter". In New Orleans hieß das: Wer Geld hatte, flüchtete im Auto. Die armen Schlucker standen bis zum Hals im Wasser.

Im globalen Maßstab vernichten zunehmende Stürme und Überschwemmungen die Lebenschancen in Ländern wie Bangladesch oder China. An der Golfküste steht jetzt ausgerechnet das Armenhaus der USA vor dem Nichts - anders als im Hollywood-Katastrophenfilm "The Day After Tomorrow" und anders als mit den Terroranschlägen von New York und Washington traf es nicht die ökonomischen und politischen Zentren der USA, sondern den bitterarmen Süden.

"Katrina" öffnet die Augen dafür, dass sich auch die USA mitten im Klimawandel befinden. Den Bewohnern Alaskas taut der Permafrostboden unter den Füßen weg, im Westen nehmen Trockenheit und Waldbrände dramatisch zu. Die USA haben bislang gezeigt, dass man auch mit

geschlossenen Augen im Treibhaus wohnen kann, bis man nasse Füße bekommt. Die entscheidende Frage lautet daher: Wie wird "Katrina" wahrgenommen? Als dramatischer Schicksalsschlag? Oder als Weckruf, sich dem Thema Klimawandel endlich zu stellen?

Danach sieht es zumindest im Augenblick nicht aus. In der amerikanischen Öffentlichkeit wird die Klimapolitik nach wie vor kaum diskutiert. Zu sehr ist man damit beschäftigt, das Versagen der Hilfsdienste zu thematisieren und das Verhalten der Regierung zu kritisieren. Auch die Börse, ein verlässlicher Indikator für die Stimmung im Land, hat gelassen reagiert. Die Benzinpreise steigen, und das Image der Ölkonzerne ist nicht schlechter als vorher. Ohnehin ist der Slogan "Weg vom Öl" schwer durchzuhalten, weil das Land in seiner Wirtschaft, Infrastruktur und Bausubstanz vollständig von billigen fossilen Energien abhängig ist. Anders als beim 11. 9. gibt es auch keine skrupellosen Feinde, gegen die man nun mobil machen könnte - ganz im Gegenteil werden die wiedergeborenen Christen rund um Präsident Bush in der "Katrina"-Katastrophe eher eine Strafe Gottes für sündiges Leben sehen als eine Konsequenz aus ihrer rücksichtslosen Energiepolitik.

Ob "Katrina" in den USA zu einer Debatte über die Klimapolitik anstößt, hängt entscheidend von der Wahrnehmung der eigenen Hilflosigkeit ab. Ganz anders als Europäer sind Amerikaner mit Naturkräften wie Stürmen vertraut. Sie haben sich eine Routine mit den regelmäßig wiederkehrenden Hurrikanen und Tornados zugelegt. Was allerdings nicht in die kollektive "Frontier"-Ideologie passt - und was zum großen Schock beim 11. 9. beitrug -, ist das Gefühl von Verletzlichkeit und Ohnmacht. Nicht die Bilder vom Sturm, sondern die Erfahrungen der Hilflosigkeit in New Orleans könnten ein Nachdenken darüber anstoßen, wie groß der amerikanische Beitrag zu "Katrina" und zu den anderen "Jahrhundertstürmen" ist.

Nun müssen Umweltschützer keine Horrorszenarien mehr entwerfen und Regisseure keine Computertricks mehr verwenden. Der Horror ist real. Und zwar nicht nur in der Gewalt des Sturms und in der Wut des Wassers, sondern auch in der Lähmung einer Supermacht, den

verzweifelten Menschen, den Toten auf den Straßen. Für ihre Kampagnen können sich die Klimaschützer ab sofort ein Argument direkt aus den Marketingstrategien von Hollywood entleihen: Wollt ihr wirklich darauf warten, dass es heißt: "Katrina 2 - Das Grauen kehrt zurück"?

## 8. DISKUSSIONSFORUM

### *Beiträge unserer Leser – Fred Just*

Liebe Freunde,

zunächst danke ich Ihnen sehr für die informative und ermutigende FÖS-Mitteilung Nr. 32.

Anliegend übersende ich Ihnen eine Pressemitteilung aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, die das ganze „Geeiere“ der Union um den Fortbestand oder die Abschaffung der Ökosteuer widerspiegelt. 2 Prozent Mehrwertsteuererhöhung solle eine Einnahme von ca. 16 Milliarden EUR erzielen. Eine Abschaffung der Ökosteuer a la Kauder würde zu einer Mindereinnahme in der Bundeskasse von ca. 18 Mrd. EUR führen. Welch eine hirnrissige Politik!

### *Beiträge unserer Leser – Prof. Dr. Dr. h.c. Alois Heißenhuber*

Lieber Herr Görres,

erlauben Sie mir, dass ich Ihnen heute eine Frage stelle.

Was mögen bloß die Beweggründe sein, dass jetzt die Union das Thema Ökosteuer aufgreift und diese kritisiert, aber zur gleichen Zeit die Mehrwertsteuererhöhung verteidigt? Wo ist da die Verantwortung hingekommen, wo sind in der Union die Umweltpolitiker - sind die in den Vorruhestand gegangen oder wurden die mundtot gemacht?

Da wird der hohe Kraftstoffpreise beklagt und im gleichen Jahr stellen VW und Audi das 3-Liter-Auto ein anstatt es weiter zu entwickeln, das Ein-Liter-Auto verstaubt zwischenzeitlich im Museum, stattdessen bringt VW zur IAA endlich ein funktionsfähiges 1001 PS-Auto, was soll man da noch sagen? Ist unser politisches System überhaupt noch dazu in der Lage, die wirklichen

Probleme zu lösen oder erschöpft sich die Politik in kurzfristig ausgerichteten Scharmützel?

*Prof. Dr. Dr. h.c. Alois Heißenhuber ist Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftslehre des Landbaues an der Technischen Universität München.*

## 9. JOBS

### *Ausschreibung für die Vergabe eines Werkvertrags*

Das Team des Projekt TIPS besteht aus sieben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlicher Fachbereiche und beschäftigt sich mit der Transformation und Innovation in Stromsystemen (Power Systems). Aufbauend auf der Untersuchung von Transformationsprozessen werden Ansatzpunkte für das Ansteuern nachhaltiger Entwicklungspfade gesucht (mehr Informationen unter <http://www.tips-project.de>).

Zur Vorbereitung der Tagung ist ein Werkvertrag zu vergeben, der folgende Aufgaben beinhaltet: Fortentwicklung der Konzeption, aufbauend auf einem bereits bestehenden Rohkonzept; insbesondere Zuspitzen der Fragestellungen und Titelfindung, Planung und inhaltliche Abstimmung der Einführungsvorträge und Foren, Konkretisierung der Zeit- und Ablaufplanung, Methodenplanung, Recherche von und Kontaktaufnahme mit geeigneten, Referent/innen, Teilnehmer/innen, Moderator/innen, Praxispartner/innen, Konzeption der tagungsbegleitenden Publikation, Erstellung eines kurzen Hintergrundpapiers, das Interessierte in die Thematik einführt, Dokumentation des Prozesses, ggf. Beginn der Organisation der Tagung

Hierfür suchen wir eine Person mit Erfahrungen in den Bereichen Energieeffizienz /Stromeinsparung und Tagungskonzeption. Geplant ist ein Werkvertrag im Umfang von ca. 20 Tagessätzen à 250 EUR (Veränderungen noch möglich). Laufzeit ab sofort bis Ende 2005 bei freier Zeiteinteilung.

Interessierte können sich **bis Mittwoch, 15.9.**, bei Corinna Fischer melden:



Tel.: 030 / 838 54 494 und 030 / 420 29 519

E-Mail: <mailto:cofiffu@zedat.fu-berlin.de> und  
<mailto:corinna.fischer@jpberlin.de>

## 10. LINKS UND PUBLIKATIONEN

### *Applied Research in Environmental Economics*

Das Buch versucht, eine Brücke zwischen Wissenschaft und Politik zu schlagen und bietet ein Bild von wissenschaftlichen Ergebnissen zu politikrelevanten Problemen (englischsprachig). Darin ist auch ein Beitrag des stellvertretenden FÖS-Vorsitzenden Kai Schlegelmilch zu den Erfahrungen, insbesondere den wechselnden Einstellungen der Industrie, mit der Ökosteuer enthalten.

<http://www.springeronline.com/sgw/cda/frontpage/0,11855,1-40356-72-51926187-0,00.html>

### *ÖSR und Emissionshandel*

Der Akademie-Report der Akademie für politische Bildung Tutzing berichtet auch über eine Tagung zum Thema ökologische Finanzreform und Emissionshandel, die vom FÖS mit veranstaltet wurde.

=> <http://www.apb-tutzing.de/akademieReport/20053/20053.pdf>

### *Eigene Steuerrechte für die EU?*

Eine Studie, die sich mit den Vor- und Nachteilen von eigenen Steuerrechten für die EU beschäftigt (englischsprachig).

[http://europa.eu.int/comm/taxation\\_customs/taxation/taxation.htm](http://europa.eu.int/comm/taxation_customs/taxation/taxation.htm)

### *Deutscher Materialeffizienzpreis 2005*

Der Deutsche Materialeffizienzpreis wird auch im Jahr 2005 durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) vergeben.

=> <http://www.materialeffizienz.de/>

### *Erneuerbare Energien in Zahlen*

Das BMU informiert in dieser relativ neuen Publikation insbesondere auch über die vielfältige Förderung der Erneuerbaren Energien durch die Ökologische Steuer- und Finanzreform.

[http://www.erneuerbare-energien.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/erneuerbare\\_energien\\_zahlen.pdf](http://www.erneuerbare-energien.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/erneuerbare_energien_zahlen.pdf)

### *Sustainability Case Writing Competition*

Abgabetermin für den Sustainability Case Writing Competition 2006 der oikos foundation for economy and ecology ist der 30. November.

<http://www.oikos-foundation.unisg.ch/homepage/case.htm>

### *Reisen, die doch die Welt kosten*

Der Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD) hat Informationen zu den Umweltfolgen des Flugverkehrs zusammengestellt und unter dem Titel „Reisen, die doch die Welt kosten - Der ganze Wahnsinn. Nonstop“ veröffentlicht. Beschrieben werden auf zwölf Seiten die ökologischen und sozialen Auswirkungen des Flugverkehrs.

=> <http://www.vcd.org/?id=135>

### *Klimawandel und Wirtschaftsfolgen*

Unter dem Titel „Climate Change & the Financial Sector“ veröffentlichen die Allianz Gruppe und der WWF eine Studie zu den Folgen des Klimawandels für den Finanzsektor (englischsprachig).

[http://www.wwf.at/downloads/wwf\\_allianz\\_climate\\_change\\_reportjune2005.pdf](http://www.wwf.at/downloads/wwf_allianz_climate_change_reportjune2005.pdf)

### *Grüne Thesen zum Energiepreis*

Bündnis 90/Die Grünen veröffentlichen, auch mit Blick auf die Bundestagswahl, sieben Thesen zur Energiepreisdebatte.

[http://www.gruene-fraktion.de/cms/energie\\_klima/dokbin/84/84166.pdf](http://www.gruene-fraktion.de/cms/energie_klima/dokbin/84/84166.pdf)

### ***ÖkosteuER-Forderungen der Linkspartei.PDS***

Die Linkspartei.PDS fordert eine sozial gerechte und ökologisch wirksame Neugestaltung der ÖkosteuER

[http://www.oekologische-plattform.de/texte/oekologie\\_linkspartei\\_steuER.htm](http://www.oekologische-plattform.de/texte/oekologie_linkspartei_steuER.htm)

### ***ÖSR-Thesen der WASG***

Damian Ludewig, Landessprecher der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit WASG Baden- Württemberg hat sich mit einem Konzept zur öko-sozialen Besteuerung von Ressourcen in der ÖSR-Debatte zu Wort gemeldet.

<http://www.foes.de/downloads/WASG-Ressourcenbesteuerung.pdf>

### ***Internet-Energie-Check für Unternehmen***

Der Internet-Energie-Check ist das richtige Instrument für sie, wenn sie ein kleiner Betrieb sind und einfach und mit wenig Aufwand ihre Möglichkeiten zur Kostensenkung durch mehr Energieeffizienz kennen lernen möchten.

=> <http://www.internet-energie-check.de>

### ***Gehaltsumwandlung – Entscheidungshilfe für Arbeitgeber***

Firmenwagen durch Gehaltsumwandlung: ja oder nein? Bei der Abwägung spielen nicht zuletzt auch wirtschaftliche Faktoren eine wesentliche Rolle. Eine Entscheidungshilfe für Unternehmen bietet der neue, kostenlose Online-Rechner von Kienbaum Management Consultants und Athlon Car Lease

=> <http://www.kienbaum.de>

### ***Das Heizenergieverbrauchs-Diagramm***

Waren sie überrascht von Ihrer letzten Jahres-Schlussabrechnung? Ein Diagramm hilft, den Heizenergieverbrauch richtig einzuschätzen. Auf einen Blick erkennen Sie, wo sie derzeit im Vergleich zum Vorjahr stehen und auf welchen Endverbrauch sie zusteuern.

=> [http://www.energiedepesche.de/pre\\_cat\\_42-id\\_114-](http://www.energiedepesche.de/pre_cat_42-id_114-)

[subid\\_542-subsubid\\_967\\_.htm](#)

### ***Subventionen in Fischerei und Energie***

Eine Studie zu den Subventionen im Energie- und Fischereibereich (englischsprachig).

[http://earthtrack.net/earthtrack/index.asp?page\\_id=195&catid=66](http://earthtrack.net/earthtrack/index.asp?page_id=195&catid=66)

### ***Abschied vom Erdölzeitalter***

Mit der Frage „Abschied vom Erdölzeitalter - wie mobil sind wir postfossil?“ beschäftigt sich der Bericht zum 2. Mobilitätsdiskurs, der beim Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung gelesen werden kann.

[http://www.bbr.bund.de/index.html?veroeffentlichung/bbr\\_info/erdoelzeitalter.htm](http://www.bbr.bund.de/index.html?veroeffentlichung/bbr_info/erdoelzeitalter.htm)

### ***Solar-Dachbörse***

SolarLokal, eine Solarstromkampagne, initiiert von der Deutschen Umwelthilfe und SolarWorld bietet jetzt eine internetbasierte, kostenlose Dachbörse an.

=> <http://www.solarlokal.de>

### ***Terminkalender für erneuerbare Energien***

Die Internet-Plattform energieportal24.de bietet einen Veranstaltungskalender für regenerative Energien.

<http://www.energieportal24.de/Veranstaltungen.htm>

## **11. TERMINE UND VERANSTALTUNGEN**

### ***Konferenz: Ökosteuern in Osteuropa am 12.10. in Berlin***

Durch ihren EU-Beitritt sind die neuen Mitgliedsländer verpflichtet, Energiesteuern einzuführen. Ein Austausch an Erfahrungen soll den Verfechtern einer Ökologischen Finanzreform in den Beitrittsländern helfen, Vorschläge für eine Umsetzung im eigenen Land zu entwickeln und – aus den Erfahrungen in Deutschland und anderer

EU-Staaten heraus – Fehler zu vermeiden.

Mit dabei sind: Ein Vertreter der EU-Kommission, Kai Schlegelmilch aus dem Bundesumweltministerium, ein Referent aus jedem neuen Mitgliedsstaat aus einem beteiligten Ministerium oder einer Umweltorganisation sowie Anselm Görres.

Konferenzsprache: Englisch

Datum: 12.10.2005, 9:00 – 17:00 Uhr

Veranstaltungsort: Umweltforum, Neue Mälzerei, Friedenstraße 91, 10249 Berlin

<http://foes.de/downloads/OsteuropaKonferenzProgramm.pdf>

Anmeldung: <mailto:foes@foes.de>

### ***Konferenz: Reduzieren von Treibhausgasausstoß durch Luftverkehr am 21.11. in London***

Als die am schnellsten wachsende Quelle von Treibhausgasemissionen im Verkehrsbereich ist der Treibhausgasausstoß im Luftverkehr und die Frage, wie man ihn verringern kann, von hoher Bedeutung. Diese eintägige Konferenz möchte alternative Politiken für die Reduktion von Emissionen im Luftverkehr betrachten und will sowohl Politiker, als auch Vertreter von Industrie, Nichtregierungsorganisationen und Forschung zusammenbringen (Konferenzsprache: Englisch).

Organisers: Eftec (Economics for the Environment Consultancy Ltd) and Green Budget Germany (FÖS)

Location: London, United Kingdom Venue: The Anglo-German Foundation

Date: Montag, 21. November 2005, 10:00 – 17:30 Uhr

<http://www.eco-tax.info/downloads/AviationDraftAgenda.pdf>

### ***Globale Steuern***

Die ATTAC AG Finanzmärkte und Steuern lädt zu einem Aktionsseminar „Globale Steuern“ ein, das vom 9.-11. September in der Villa Locomuna in Kassel stattfinden wird.

=> <http://www.attac.de/steuerflucht/index.php>

### ***Wasserkraft-Tagung***

Wasserkraftwerke sind ein fester Bestandteil der deutschen Energieindustrie. Der Fokus liegt jedoch auf den großen Kraftwerken, die kleine und mittlere Wasserkraft wird wenig beachtet. Mit der Tagung „Kleine und mittlere Wasserkraft – die Vergessene? 5. Tagung für Betreiber, Planer, Hersteller“ am Samstag, den 24.09 und dem Messeschwerpunkt „Wasserkraft“ ist die internationale Fachmesse „RENEXPO® 2005“ in Augsburg eines der wichtigsten Branchenforen in Deutschland.

=> <http://www.energie-server.de>

### ***Klima-Bündnis-Treffen in Frankfurt***

Am Mittwoch, dem 28. September 2005 wird ein deutschlandweites Klima-Bündnis-Treffen in Frankfurt am Main stattfinden. Das Green Paper Energieeffizienz der EU und das Klima-Bündnis-Ziel Halbierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen werden u.a. Themen der Veranstaltung sein.

=> <http://www.klimabuendnis.org>

### ***Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen***

Die Jubiläumstagung zum 20jährigen Bestehen des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)

und der Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung (VÖW) mit dem Titel „In guter Gesellschaft? Zur Neubestimmung gesellschaftlicher Verantwortung von Unternehmen“ findet am 30.9. in Berlin statt.

<http://www.ioew.de> und <http://www.forscher-feiern.de>

### ***„Arbeitsplätze schaffen – aber wie?“***

Auf diese Frage versucht die Wochenendtagung der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. von 7. bis 9. Oktober eine Antwort zu finden.

=> <http://stiftung-oekologie-u-demokratie.de>

### ***„EnergieTage Hessen 2005“***

Messe und Kongress für erneuerbare Energien und energieeffizientes Bauen und Sanieren in der Stadthalle Wetzlar am 21.-23. Oktober 2005

=> <http://www.energietaege.com>

### ***Chinas Wirtschaftswachstum und Umwelt***

Am 1. November 2005 veranstaltet das Forum Umwelt & Entwicklung zusammen mit dem Asienhaus, der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt und der Heinrich-Böll-Stiftung eine Tagung zum Thema „Chinas Wirtschaft wächst rasant - Bleibt die Umwelt auf der Strecke?“

=>

<http://www.forumue.de/forumaktuell/veranstaltungen/000003d.html>

### ***Zweite RegioSolar-Konferenz***

Akteure von regionalen und überregionalen Solarinitiativen und Branchenvertreter treffen sich am 4. und 5. November im Veranstaltungsforum Fürstenfeld in Fürstenfeldbruck, um sich untereinander kennen zu lernen, sich zu präsentieren und Erfahrungen auszutauschen.

=> <http://www.regiosolar.de>

### ***1. Bundeskongress für Solare Wärme***

Bundeskongress der Solarbranche mit begleitender Ausstellung und deutschlandweitem Forum für Solare Wärme in der Stadthalle Fürth am 11. November 2006

=> <http://www.solare-waerme.net>

### ***Fachkongress für Biokraftstoffe***

Der Bundesverband BioEnergie und die Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen veranstalten am 14./15.11.2005 in Berlin den 3. Internationalen Fachkongress für Biokraftstoffe „Kraftstoffe der Zukunft 2005“.

=> <http://www.bioenergie.de>

### ***BUND-Tagung „Globale und soziale Gerechtigkeit“***

Der BUND veranstaltet zusammen mit der Universität Bremen in der Evangelischen Akademie Hofgeismar am 18./ 19. November 2005 eine Tagung „Globale und soziale Gerechtigkeit“. Nähere Informationen können angefordert werden bei <mailto:fekardt@uni-bremen.de>.

### ***Klimawandel als Herausforderung für die Armutsbekämpfung***

Konferenz über den globalen Klimawandel und seinen großen Einfluss auf das Lebensumfeld vieler Menschen in den Entwicklungsländern am 18. November in Bonn.

=> <http://www.klimaausbadekampagne.de>

### ***erneuerbare energien 2006***

Internationale Fachmesse und Fachkongress für erneuerbare Energien und energieeffizientes Bauen und Sanieren in CCB Böblingen am 10.-12. März 2006

<http://www.erneuerbareenergien.com>

### ***CLEAN ENERGY POWER® 2006“***

Die „CLEAN ENERGY POWER® 2006“ (CEP) bietet am 18. und 19. Januar 2006 im ICC der Messe Berlin einen umfassenden Überblick über Regenerative Energien und energieeffizientes Bauen. Dem weltweiten Wachstum der beiden Märkte trägt sie durch eine internationale Ausrichtung und Kommunikation Rechnung. Sowohl Fachbesucher als auch Endverbraucher können sich zu zahlreichen Themenblöcken informieren.

=> <http://www.energiemessen.de>

### ***Messetrio im Mai 2006 in Kassel***

Die ENBIO setzt dabei den Themenschwerpunkt auf Bioenergie, während die Partnermessen DENEX und BAUSAN über Dezentrale Energiesysteme sowie energie- und umweltgerechtes Bauen und Sanieren informieren. Weitere Informationen gibt es unter <http://www.enbio.de>, <http://www.denex.info> und <http://www.bausan.info>.

### ***Third World Congress of Environmental and Resource Economists***

Der dritte World Congress of Environmental and Resource Economists findet vom 3. bis 7. Juli 2006 in Kioto, Japan, statt.

=> <http://www.worldcongress3.org/>